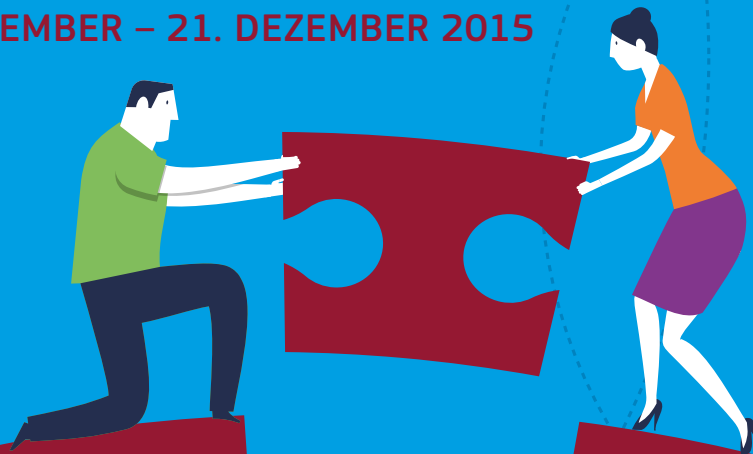




BESEITIGUNG VON HINDERNISSEN IN GRENZREGIONEN

ZUSAMMENFASSENDE BERICHT ZUR ÖFFENTLICHEN ONLINE-KONSULTATION

21. SEPTEMBER – 21. DEZEMBER 2015



RECHTLICHER HINWEIS

Weder die Europäische Kommission noch Personen, die im Namen der Kommission handeln, können für die Verwendung der in dieser Veröffentlichung enthaltenen Informationen oder für eventuelle, trotz der sorgfältigen Vorbereitung und Prüfung der Texte noch vorhandene Fehler zur Verantwortung gezogen werden.

Diese Veröffentlichung spiegelt nicht notwendigerweise den Standpunkt oder die Meinung der Europäischen Union wider.

**Europe Direct soll Ihnen helfen, Antworten auf Ihre
Fragen zur Europäischen Union zu finden**

**Gebührenfreie Telefonnummer (*):
00 800 6 7 8 9 10 11**

() Einige Mobilfunkbetreiber erlauben keinen gebührenfreien Anruf von 00 800-Nummern
so dass Ihnen möglicherweise trotzdem Kosten für diesen Anruf entstehen*

Weiterführende Informationen zur Europäischen Union sind online verfügbar
(<http://europa.eu>).

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2016

Europäische Kommission: Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung
REGIO DG 02 - Kommunikation
Frau Ana-Paula Laissy
Avenue de Beaulieu 1
1160 Brüssel

ISBN: 978-92-79-57358-3 (print)

ISBN: 978-92-79-57351-4 (PDF)

doi:10.2776/977351 (print)

doi:10.2776/40651 (PDF)

Titelbild: © iStockphoto

© Europäische Union, 2016

Nachdruck und Wiedergabe sind gestattet, sofern dies mit der Quellenangabe erfolgt.

Printed in Belgium

BESEITIGUNG VON HINDERNISSEN IN GRENZREGIONEN

ZUSAMMENFASSENDE BERICHT ZUR ÖFFENTLICHEN ONLINE-KONSULTATION

21. SEPTEMBER – 21. DEZEMBER 2015

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT.....	5
KAPITEL 1: METHODISCHE VORGEHENSWEISE BEI DER ÖFFENTLICHEN KONSULTATION UND DIESEM BERICHT.....	6
KAPITEL 2: PROFILE DER BEFRAGTEN	8
KAPITEL 3: AUFTRETENDE HINDERNISSE	12
KAPITEL 4: BESCHREIBUNG DER HINDERNISSE UND LÖSUNGSVORSCHLÄGE.....	16
KAPITEL 5: MEINUNGEN ZU GRENZÜBERGREIFENDER ZUSAMMENARBEIT.....	30
KAPITEL 6: SCHLUSSFOLGERUNGEN	34
MEHR DAZU	36



VORWORT

Ich freue mich, Ihnen die Ergebnisse der öffentlichen Online-Konsultation zur Beseitigung von Hindernissen in Grenzregionen, die ich im September 2015 in Wien/Bratislava auf den Weg gebracht habe, präsentieren zu können.

Die Konsultation fand über drei Monate statt und es wurden 623 Teilnahmen verzeichnet, die analysiert wurden und in diesem Bericht zusammengefasst sind.

Durch die Auflistung der Meinungen von Bürgern, Organisationen, Unternehmen und Behörden in den Grenzregionen der Europäischen Union zielte diese öffentliche Konsultation darauf ab, die wichtigsten Hindernisse bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu ermitteln und mögliche Lösungen für diese

Hindernisse zu finden.

Diese öffentliche Konsultation bildet eines der drei Elemente des sogenannten "Cross Border Review", einer umfassenden Überprüfung der Strategie für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Diese Überprüfung wurde ins Leben gerufen, um 25 Jahre EU-Investitionen in die „Interreg“-Programme zu feiern, die in der gesamten Union durchgeführt werden. Trotz dieser langen Tradition der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bestehen immer noch Schwierigkeiten, von denen einige nicht ausschließlich durch Interreg-Förderung beseitigt werden können: beispielsweise rechtliche und administrative Hindernisse, aber auch Sprachbarrieren.

Mithilfe dieser Überprüfung möchte die Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung (GD Regio) deshalb die unterschiedlichen Arten von Hindernissen, die immer noch bestehen, und deren mögliche Lösungen untersuchen. Die beiden anderen Elemente der Überprüfung umfassen eine Expertenstudie zur Auflistung von Grenzhindernissen und von Fallstudien zu deren Veranschaulichung sowie eine Reihe von Workshops für Interessenvertreter zum selben Thema.

Ohne jetzt schon alle Ergebnisse vorwegzunehmen, kann ich dennoch sagen, dass die Antworten einige wichtige Punkte bestätigen, die der GD Regio durch ihre langjährige Erfahrung bei der grenzüberschreitenden Interreg-Kooperation bereits bewusst waren.

So weisen die Befragten deutlich auf Schwierigkeiten in Bezug auf die grenzüberschreitende Mobilität der Arbeitskräfte, Besteuerung und Zugänglichkeit hin, die alle wesentliche Aspekte des Lebens in Grenzregionen sind, oft jedoch durch das Bestehen rechtlicher und/oder administrativer Hindernisse negativ beeinflusst werden. Was vielleicht noch mehr verwundert ist, dass Sprachunterschiede von vielen Befragten als Belastung für die nachbarschaftlichen Beziehungen angesehen werden. Es wird gleichermaßen von Bürgern und Organisationen gefordert, dass Fremdsprachenerwerb und kultureller Austausch mit wesentlich größerer Sichtbarkeit gefördert werden.

Die Überprüfung der Strategie für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird noch bis Anfang 2017 fortgeführt. Danach werden zentrale Erkenntnisse und Empfehlungen in einem Diskussionspapier veröffentlicht. Bis dahin lade ich Sie ein, die interessantesten Ergebnisse im vorliegenden Bericht nachzulesen.

Corina Crețu
Europäische Kommissarin
für Regionalpolitik

KAPITEL 1

Methodische Vorgehensweise bei der öffentlichen Konsultation und diesem Bericht

DIE ÖFFENTLICHE KONSULTATION

Die öffentliche Online-Konsultation der Europäischen Kommission zur Beseitigung von Hindernissen in Grenzregionen wurde am 21. September 2015 gestartet und lief drei Monate bis zum 21. Dezember 2015. Sie war als Online-Fragebogen gestaltet und beinhaltete eine Mischung aus geschlossenen und offenen Fragen. Sie war mittels EUSurvey in 23 EU-Sprachen verfügbar.

Die Befragung deckte sowohl Binnengrenzen der Europäischen Union wie auch Grenzregi-

onen zwischen EU-Ländern und Ländern der Europäischen Freihandelszone (EFTA) und dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) ab. Sie lud EU-Bürger, Organisationen, Unternehmen und Behörden in den Grenzregionen ein, ihre Meinung bezüglich immer noch bestehender Hindernisse bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mitzuteilen und mögliche Lösungen für deren Beseitigung vorzuschlagen. In diesem Bericht werden die Antworten analysiert und zusammengefasst.

Nachdem Kommissarin Crețu den Auftakt zur Konsultation gegeben hatte, wurde eine „Roadshow“ mit leitenden Beamtinnen und Beamten der Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung der Europäischen Kommission (GD Regio) organisiert, um die Öffentlichkeit auf die Konsultation aufmerksam zu machen. In der gesamten EU⁽¹⁾ wurden elf Grenzregionen besucht.

Insgesamt gingen 623 Antworten auf den Online-Fragebogen ein. Parallel dazu wurde eine funktionale E-Mail-Adresse⁽²⁾ eingerichtet, so dass die Teilnehmer Dokumente (wie z. B. Schriftstücke, Artikel und Informationsblätter) direkt per E-Mail einreichen konnten. 33 Teilnehmer schickten Material per E-Mail, 21 davon stellten weiterführende Informationen zur Verfügung,

nachdem sie den Fragebogen beantwortet hatten.

Die Teilnehmer konnten bezüglich der Veröffentlichung ihrer Angaben aus folgenden Optionen wählen:

- ⊕ Erteilung der Erlaubnis an GD Regio, die Angaben vollständig zu veröffentlichen (einschließlich der Identität): von 30 % der Befragten gewählt;
- ⊕ Erteilung der Erlaubnis an GD Regio, die Angaben anonym zu veröffentlichen: von 46 % der Befragten gewählt;
- ⊕ Keine Erteilung der Erlaubnis, die Angaben zu veröffentlichen, jedoch darf GD Regio die Angaben für Analysezwecke verwenden: von 23 % der Befragten gewählt.

Die Antworten der Teilnehmer, die einer Veröffentlichung zugestimmt haben, können auf der Website der GD Regio eingesehen werden.

FÜR DIESEN ZUSAMMENFASSENDE BERICHT VERWENDETE METHODE

Unabhängig von den für die Veröffentlichung der Angaben gewählten Optionen wurden alle 623 Beiträge zum Online-Fragebogen bei der Erstellung dieses zusammenfassenden Berichts berücksichtigt und werden auch für weitere Analysen herangezogen. Die Eingänge über die funktionale E-Mail-Adresse werden ebenfalls bearbeitet und bei der weiteren Arbeit zur Überprüfung der Strategie für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit berücksichtigt. Sie wurden jedoch nicht in diesen Bericht eingebunden, da sich die Beiträge sehr in ihrer Art, ihren Eigenschaften und ihrem Bezug unterscheiden und nur schwer den strukturierten Antworten des Fragebogens zuordnen ließen.

In Kapitel 2 werden die Antworten auf die Fragen zur „Profilherstellung“ analysiert, um einen Überblick über die Haupteigenschaften der Befragten erstellen zu können: Identität, Herkunftsort, grenzüberschreitende Tätigkeit und allgemeine Kenntnis von grenzübergreifender Kooperation. Kapitel 3 enthält eine Analyse der wichtigsten Hindernisse, auf

die die Befragten treffen, sowie die gemäß der unterschiedlichen Profile beobachteten Abweichungen. Kapitel 4 ist den Antworten auf die offenen Fragen gewidmet, mit denen die Teilnehmer aufgefordert wurden, Hindernisse zu beschreiben und Lösungsvorschläge zu machen. In Kapitel 5 werden die Meinungen der Befragten zur Entwicklung der grenzüberschreitenden Kooperation in ihrer Region in den letzten zehn Jahren analysiert. Abschließend werden in Kapitel 6 die zentralen Schlussfolgerungen dargelegt, die sich aus der Beantwortung der Fragen ergeben.

KAPITEL 2

Profile der Befragten

IDENTITÄT UND HERKUNFTSORT

Von den 623 beantworteten Fragebögen wurden die meisten von der Gruppe der privaten Einzelpersonen beantwortet. Deren Gruppe macht nur etwas weniger als 50 % der Gesamtteilnehmer aus (siehe Abbildung 1).

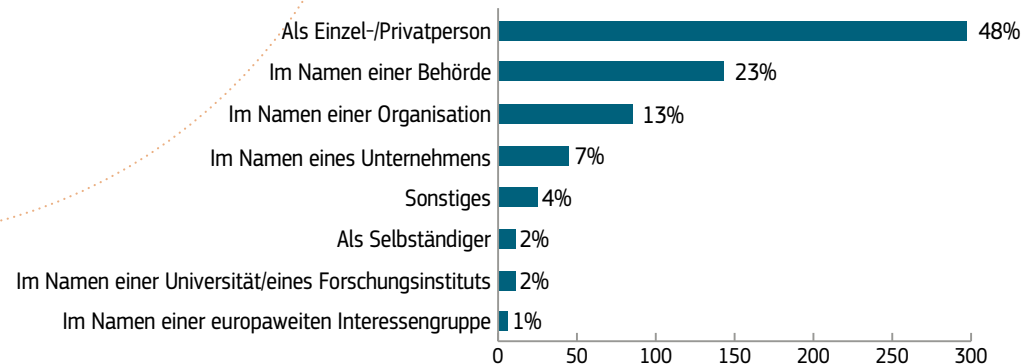
Personen, die im Namen von **Behörden** teilnahmen, bilden die zweitgrößte Gruppe und machen fast einen von vier Befragten aus. Von diesen Behörden gehört die große Mehrheit (mehr als acht von zehn) regionalen oder lokalen Behörden in Grenzregionen an, wie beispielsweise Stadtverwaltungen, Bezirks-

räten, Provinzregierungen und Regionalverwaltungen. Der Rest besteht größtenteils aus nationalen Behörden (im Wesentlichen Abteilungen von Ministerien) und einzelnen Interreg-Programmen.

Außerdem nahmen 13 % im Namen einer **Organisation** teil. Diese Organisationen können in eine Vielzahl von Kategorien unterteilt werden, z. B. Agenturen für Regionalentwicklung, Industrie- und Unternehmensverbände, Stiftungen und grenzüberschreitende Netzwerke/grenzüberschreitende Informationsdienste.

Zusammengerechnet machen **Unternehmen und Selbständige** weniger als 10 % der Teilnehmer aus. Universitäten und Forschungsinstitute bilden eine kleinere Gruppe mit 2 % der

Abbildung 1: In welcher Eigenschaft füllen Sie diesen Fragebogen aus?

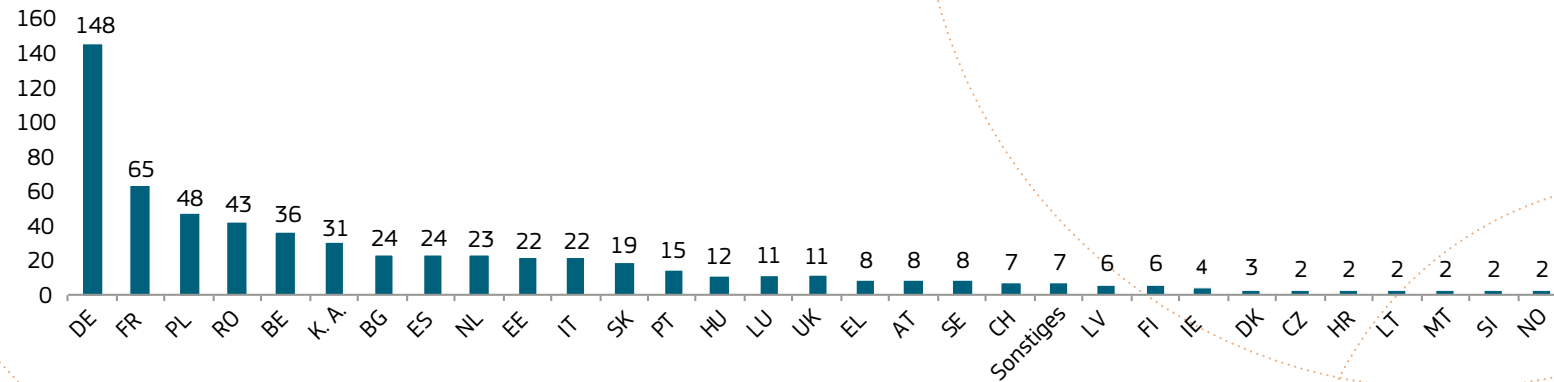


Teilnehmer. Sechs Beiträge stammen von europaweiten Interessengruppen, was etwa 1 % der Gesamtteilnehmer ausmacht.

Schließlich wählte ein sehr kleiner Anteil der Befragten (3 %) die Option „**Sonstige**“. In den meisten Fällen waren diese eng an Behörden oder Organisationen im Allgemeinen gebunden, so z. B. an Gemeinderäte, Ämter für Stadtplanung und den Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ). Einige Einzelpersonen, die zuvor bereits auf unterschiedliche Weise an Maßnahmen der grenzüberschreitenden Kooperation beteiligt waren, wählten ebenfalls diese Kategorie für ihre Teilnahme.

Wie in Abbildung 2 aufgezeigt, gibt es eine hohe Konzentration von Teilnahmen in einer

Abbildung 2(3): Länder, in denen die Befragten ansässig sind



begrenzten Anzahl von Ländern. Etwa die Hälfte der Antworten stammt aus gerade einmal vier Ländern: Deutschland, Frankreich, Rumänien und Polen. Einige Länder sind nicht gut vertreten – in 15 Ländern liegt die Zahl der Teilnehmer bei unter zehn.

Die sehr hohe Beteiligung von Befragten in einigen Ländern könnte teilweise durch die Zahl der Grenzen und die Intensität der grenzüberschreitenden Kooperationsmaßnahmen und die Finanzausstattung erklärt werden. Dies könnte beispielsweise auf Deutschland zutreffen, das mit neun Ländern eine Landesgrenze teilt, an 12 Interreg-A-Programmen teilnimmt und einen wesentlichen Teil der Interreg-Mittel erhält.

In anderen Ländern, wie z. B. Rumänien, kann die Zahl der Binnengrenzen oder der Kooperationsprogramme nicht die einzige Begründung für die hohe Zahl an Teilnahmen sein. Vielmehr könnte die größere Beteiligung auf die besonders intensiven Kommunikationsbemühungen im Land zurückzuführen sein.

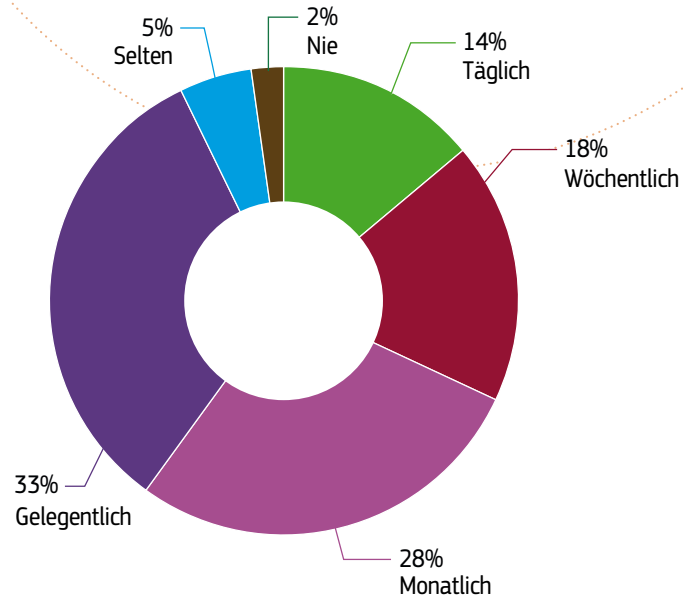
DIE VERBINDUNGEN DER TEILNEHMER ZU DEN GRENZREGIONEN

Die ersten Fragen zielten darauf ab, ein Profil der Befragten zu erstellen, v. a. bezüglich ihrer Beziehung zu den EU-Grenzen. Wie erwartet sind diejenigen, die an der Konsultation teilnehmen, relativ vertraut mit EU-Grenzen:

- ☉ Mehr als **acht von zehn Einzelpersonen** und Unternehmen, die an der Konsultation teilnahmen, **haben entweder ihren Wohnsitz oder ihren Sitz in einer Grenzregion** (84%);
- ☉ Mehr als **sechs von zehn Organisationen sind entweder auf grenzübergreifende Kooperation spezialisiert** oder auf ein Fachgebiet, in dem sie zum Abbau **von grenzüberschreitenden Hindernissen beitragen** (64%); auf 29% traf dies nicht zu und der Rest machte diesbezüglich keine Angaben.

Abbildung 3:
Häufigkeit des Grenzübertritts

Einzelpersonen, Selbständige und Unternehmen:
Wie häufig überqueren Sie die Grenze?

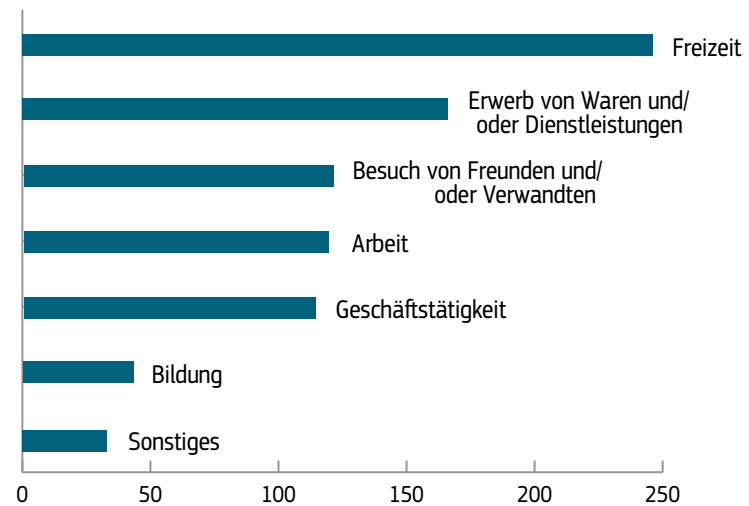


Der Fragebogen ermöglichte es den Befragten außerdem anzugeben, wie häufig sie die Grenze überqueren – als Einzelperson, als Selbständiger oder als Unternehmer. Die Ergebnisse aus Abbildung 3 zeigen, dass die Teilnehmer sehr mobil sind und die Grenzen häufig überqueren.

Mehr als einer von zwei Befragten überquert die Grenze mindestens einmal im Monat. Etwa ein Drittel tut dies einmal in der Woche oder häufiger. Nur 7% überquert die Grenze selten oder nie. Anders ausgedrückt interagieren mehr als neun von zehn Befragten mindestens mehrere Male pro Jahr mit der anderen Seite

Abbildung 4:
Gründe für den Grenzübertritt

Zu welchem Zweck überqueren Sie die Grenze?



der Grenze. Dieses sehr hohe Maß an Mobilität⁽⁴⁾ bestätigt, dass grenzüberschreitende Angelegenheiten besonders relevant für das tägliche Leben der Befragten sind.

Weitere wichtige Informationen betreffen die Gründe des Grenzübertritts. Einzelpersonen,

Unternehmen und Organisationen wurden gebeten, aus mehreren Optionen den häufigsten Grund für einen Grenzübertritt zu wählen; diesbezüglich ergibt sich keine Gesamtzahl der Antworten von 623.

Die Hauptgründe für ein Überqueren der Grenze sind Freizeit und Tourismus, die von fast zwei von fünf Befragten genannt wurden. Diese Kategorie schließt Urlaubsreisen und Hobbys ein.

Der zweithäufigste Grund für einen Grenzübertritt ist der Erwerb von Waren und/oder Dienstleistungen – dieser wurde von mehr als einem Viertel der Teilnehmer genannt. Im Fragebogen war angegeben, dass diese Kategorie auch die Inanspruchnahme von Dienstleistungen wie ärztliche Behandlung umfasst.

Das Besuchen von Freunden und/oder Verwandten ist für rund ein Fünftel der Befragten ein Grund zum Überqueren der Grenze und unterstreicht so die Wichtigkeit der grenzüberschreitenden Mobilität für das gesellschaftliche Miteinander.

Arbeit, Geschäftstätigkeit und v. a. Bildung wurden eher selten angegeben. Werden diese drei Kategorien jedoch zusammengefasst (und unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Befragten mehrere Gründe für den Grenzübertritt wählen konnten), so wird deutlich, dass vier von zehn Teilnehmern zumindest einen dieser drei Gründe für das Überqueren

der Grenze nannten. Wurde die Kategorie „Sonstige“ gewählt, betraf dies in der Mehrheit der Fälle Aktivitäten, die entweder eng mit der Kategorie Arbeit verbunden sind oder tatsächlich in diese Kategorie gehören.

Mit Bezug auf die **allgemeine Kenntnis von grenzübergreifenden Kooperationsmaßnahmen** zeigten die Befragten ein sehr hohes Maß an Bewusstsein: 89% gaben an, Kenntnis von solchen Maßnahmen in ihrer Region zu haben, und 11% gaben an, sich dessen nicht bewusst zu sein. Obwohl nur ein kleinerer Teil (81%) angab, von Europäischer Territorialer Zusammenarbeit gehört zu haben, ist dies dennoch ein hoher Prozentsatz⁽⁵⁾.

Eine Erklärung für dieses generell hohe Bewusstsein ist, dass eine beträchtliche Anzahl der Befragten angab, auf die eine oder andere Weise in grenzüberschreitende Kooperationsstrukturen eingebunden zu sein. Zu diesen Befragten gehören Organisationen, die ganz allgemein in grenzüberschreitenden Kooperationen tätig sind, sowie Institutionen, die direkt an der Interreg-Programmverwaltung beteiligt sind.

KAPITEL 3

Auftretende Hindernisse

Eines der wichtigsten Ziele der öffentlichen Online-Konsultation war, Meinungen bezüglich der Hindernisse in Grenzregionen und Lösungen für deren Beseitigung einzuholen. Deshalb sind die Fragen, anhand derer die Teilnehmer wichtige Hindernisse in ihrer Region benennen sollten, von besonderer Bedeutung.

Die Darstellung dieser Analyse erfolgt in drei Schritten: Zunächst wird ein allgemeiner Überblick über die Antworten präsentiert. Danach werden bestimmte Tendenzen betrachtet, indem die Teilnehmerprofile den Antworten zugeordnet werden. In Kapitel 4 werden schließlich alle Arten von Hindernissen genauer analysiert und sowohl die Ausprägungen dieser Hindernisse sowie die Lösungsvorschläge gesondert präsentiert.

HÄUFIGKEIT DES AUFTRETENS VON HINDERNISSEN

Wie in Abbildung 5 dargestellt, sind für die Befragten rechtliche und administrative Hemmnisse die wichtigsten Hindernisse bei der Grenzüberschreitung: mehr als einer von zwei Teilnehmern empfindet diese als die wichtigsten Hindernisse in seiner Region. Danach folgen die Sprachbarrieren: mehr als ein Drittel betrachtet diese als wichtig. Direkt dahinter rangiert der schwierige physische Zugang, der von fast jedem dritten Teilnehmer als Hindernis genannt wurde.

Auf diese drei Hauptgründe folgen direkt das Interesse der Behörden an einer Zusammenarbeit und wirtschaftliche Unterschiede. Beide Hindernisse wurden von 29% der Befragten angeführt. Im Vergleich dazu sind soziokulturelle Unterschiede und Mangel an Vertrauen weniger relevant, denn sie wurden nur von 20% bzw. 12% der Teilnehmer genannt.

Die meisten Antworten der Kategorie „Sonstiges“ behandeln Aspekte, die den vordefinierten Kategorien zugeordnet werden können, v. a. schwieriger physischer Zugang, verschiedene rechtliche und administrative Hindernisse und mangelndes Interesse an

Abbildung 5: Relevanz und Häufigkeit des Auftretens von Hindernissen

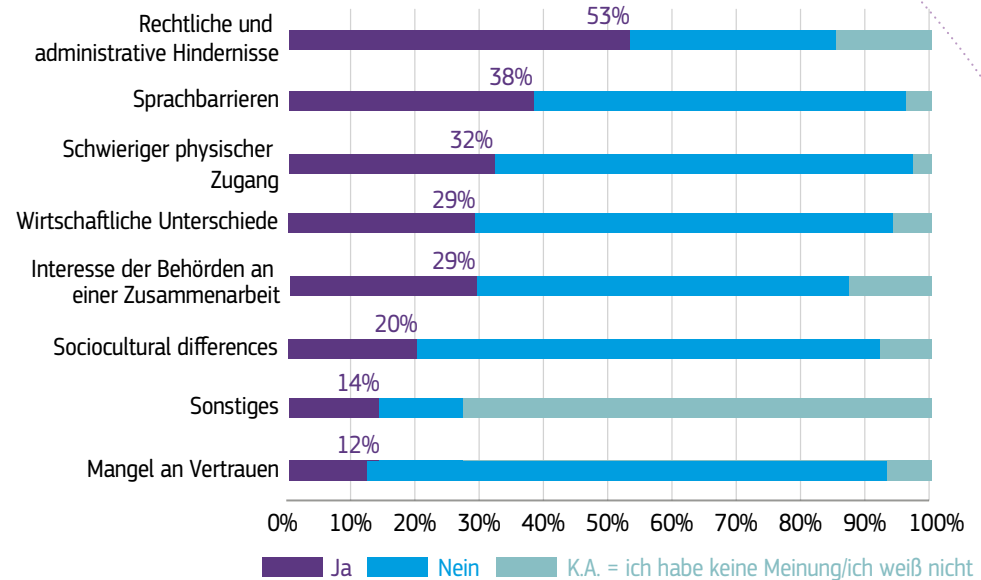


Tabelle 1: Teilnehmertyp und gewählte Hindernisse

Teilnehmertyp	Schwieriger physischer Zugang	Sprachbarrieren	Rechtliche und administrative Hindernisse	Mangel an Vertrauen	Wirtschaftliche Unterschiede	Soziokulturelle Unterschiede	Interesse der Behörden an einer Zusammenarbeit
Als Einzel-/Privatperson	30%	28%	47%	12%	33%	17%	37%
Im Namen eines Unternehmens	9%	31%	33%	9%	20%	27%	18%
Im Namen einer Behörde	41%	52%	59%	10%	22%	23%	14%
Im Namen einer Organisation	36%	53%	79%	20%	35%	27%	31%

einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Einige Antworten der Kategorie „Sons-tige“ behandeln Probleme, die als Querschnittsthemen betrachtet werden können, wie beispielsweise der mangelnde Zugang zu Informationen, eine fehlende gemeinsame Struktur für eine grenzüberschreitende Kooperation und der eingeschränkte Zugang zu grenzüberschreitenden Daten. Andere Probleme betreffen Medien-/IKT-Angelegenheiten wie z. B. Geoblocking, Roaminggebühren und der Mangel an grenzüberschreitenden Medienkanälen.

HINDERNISSE UND DEREN ZUORDNUNG ZU TEILNEHMERTYPEN

Eine genauere Betrachtung der Ergebnisse zeigt, dass einige Hindernisse besonders häufig von bestimmten Teilnehmertypen genannt wurden:

KATEGORIE DES TEILNEHMERS

Eine erste Herangehensweise betrachtet die Verbindung zwischen den Teilnehmertypen (insbesondere Einzelpersonen, Unternehmen, Organisationen und Behörden) und die Wahl der für sie relevanten Hindernisse.

Wie in der oben stehenden Tabelle gezeigt **können hier verschiedene interessante Varianten beobachtet werden**, z. B.:

- ⊕ Ein schwieriger physischer Zugang wurde von weniger als einem Zehntel der Unternehmen als Hemmnis genannt, während Einzelpersonen, Behörden und Organisationen diesem Problem größere Bedeutung beimessen.
- ⊕ Sprachbarrieren werden von Organisationen und Behörden häufiger angegeben als von Einzelpersonen und Unternehmen.

- ⊕ Rechtliche und administrative Hindernisse gelten eher für Einzelpersonen, Behörden und Organisationen als für Unternehmen.
- ⊕ Einzelpersonen und Organisationen sehen das mangelnde Interesse von Behörden an einer Zusammenarbeit kritischer als Unternehmen und die Behörden selbst.

HÄUFIGKEIT DES GRENZÜBERTRITTS⁽⁶⁾

Eine andere Möglichkeit, die Ergebnisse zu betrachten, ist die Analyse der Verbindung zwischen den gewählten Hemmnissen und der Häufigkeit des Grenzübertritts.

Aus der unten stehenden Tabelle kann man schlussfolgern, **dass, je häufiger eine Person eine Grenze überquert, desto seltener wird**

er/sie Mangel an Vertrauen als ein Hindernis in einer Grenzregion nennen. Die gleiche Logik lässt sich auf Sprachbarrieren und soziokulturelle Unterschiede anwenden (mit einigen geringfügigen Abweichungen). Dies sollte jedoch mit Bedacht interpretiert werden, denn es ist nicht möglich, ein Vorhandensein oder eine „Richtung“ der Ursächlichkeit zu bestimmen. Empfinden Personen Sprache beispielsweise als weniger großes Hemmnis, weil sie die Grenze häufig überqueren (und die Sprache des Nachbarlandes beherrschen)? Oder überschreiten sie die Grenze oft, gerade weil sie nicht auf Sprachbarrieren treffen? In jedem Fall können diese Tendenzen beobachtet und hinterfragt werden.

Im Gegensatz dazu **nennt eine Person, je häufiger sie die Grenze übertritt, rechtliche und administrative Hindernisse als Hemmnisse in Grenzregionen.** Eine mögli-

che Erklärung ist, dass die Häufigkeit des Grenzübertritts die Möglichkeiten vervielfacht, auf solche Hemmnisse zu treffen; mit anderen Worten ausgedrückt werden Hindernisse dieser Art stärker empfunden, wenn die grenzüberschreitende Mobilität zunimmt.⁽⁷⁾

Die Verbindung zwischen der Häufigkeit des Grenzübertritts und dem schwierigen physischen Zugang, den wirtschaftlichen Unterschieden oder dem Interesse der Behörden an einer Zusammenarbeit ist schwerer zu interpretieren, denn sie ist nicht so klar umrissen und linear.

Tabelle 2: Häufigkeit des Grenzübertritts und gewählte Hindernisse

Häufigkeit des Grenzübertritts	Schwieriger physischer Zugang	Sprachbarrieren	Rechtliche und administrative Hindernisse	Mangel an Vertrauen	Wirtschaftliche Unterschiede	Soziokulturelle Unterschiede	Interesse der Behörden an einer Zusammenarbeit
Täglich	40%	19%	69%	4%	44%	15%	37%
Wöchentlich	32%	29%	65%	4%	35%	13%	37%
Monatlich	24%	28%	42%	10%	25%	19%	29%
Gelegentlich	24%	31%	29%	16%	28%	17%	33%
Selten oder Nie	31%	38%	35%	27%	35%	38%	46%

Tabelle 3: Gründe für den Grenzübertritt und gewählte Hindernisse

Gründe für den Grenzübertritt	Schwieriger physischer Zugang	Sprachbarrieren	Rechtliche und administrative Hindernisse	Mangel an Vertrauen	Wirtschaftliche Unterschiede	Soziokulturelle Unterschiede	Interesse der Behörden an einer Zusammenarbeit
Arbeit	36%	29%	55%	11%	35%	13%	29%
Geschäftstätigkeit	26%	32%	54%	13%	32%	20%	32%
Bildung	30%	28%	53%	9%	40%	23%	30%
Erwerb von Waren und/oder Dienstleistungen	24%	27%	52%	10%	28%	19%	32%
Besuch von Freunden und/oder Verwandten	34%	28%	53%	7%	30%	16%	41%
Freizeit	25%	28%	46%	12%	28%	18%	32%

GRÜNDE FÜR DEN GRENZÜBERTRITT⁽⁸⁾

Abschließend ist auch der Vergleich der von den Befragten gewählten Hindernisse mit den Gründen für den Grenzübertritt interessant.

Von diesem Blickwinkel aus sind die Varianten weniger deutlich. Dennoch können einige allgemeine Beobachtungen gemacht werden:

- ⊕ Rechtliche und administrative Hindernisse werden von allen Teilnehmertypen als großes Problem angesehen und sind auch

für diejenigen, die die Grenze aus Freizeitgründen überqueren, fast in gleichem Maße relevant.

- ⊕ Mangel an Vertrauen ist als Hemmnis generell weniger relevant; für Teilnehmer, die die Grenze für den Besuch von Freunden und/oder Verwandten überqueren, spielt dieser Grund sogar noch eine geringere Rolle.
- ⊕ Befragte, die aus diesem Grund die Grenze überqueren, neigen außerdem zu der Aussage, dass das (mangelnde) Interesse

von Behörden an einer Zusammenarbeit ein Hemmnis ist, und zwar eher als andere Kategorien.

KAPITEL 4

Beschreibung der Hindernisse und Lösungsvorschläge

Im Fragebogen wurden die Teilnehmer gebeten, eine Reihe von offenen Fragen zu beantworten, die mögliche Hindernisse in Grenzregionen bei der grenzüberschreitenden Interaktion behandeln.

Jeder Befragte konnte bis zu drei Hemmnisse wählen, die seiner Meinung nach die größten Probleme verursachen. Dazu konnte er eine Erklärung zur Form des Hindernisses und dessen Auswirkungen auf das eigene Leben abgeben. Es konnten auch Lösungsvorschläge gemacht werden. Dieses Kapitel analysiert diese Gesichtspunkte.

Zu beachten ist, dass dieser Teil des Fragebogens optional für die Teilnehmer war. Dementspre-

chend unterscheidet sich die Zahl der abgegebenen Erklärungen je nach Art des Hindernisses. So machten etwa vier von zehn Befragten konkrete Angaben zu rechtlichen und administrativen Hindernissen, während nur ein Zehntel etwas präzisere Angaben zu dem (mangelnden) Interesse der Behörden an einer Zusammenarbeit und Lösungsvorschläge hierzu machten – und das, obwohl 29% der Teilnehmer diesen Punkt als ausschlaggebend empfanden.

RECHTLICHE UND ADMINISTRATIVE HINDERNISSE

Wie weiter unten erwähnt, sind das meistgenannte Hindernis die rechtlichen und administrativen Barrieren; diese werden von mehr als der Hälfte aller Befragten (53%) als ausschlaggebend betrachtet.



Hindernisse

Besonders augenfällig ist, dass die Beschäftigung, als allgemeiner Themenbereich, von großer Bedeutung in Bezug auf rechtliche und administrative Hindernisse ist. **Aus den Teilnehmerantworten ist ersichtlich, dass**

rechtliche und administrative Barrieren das Leben bzw. Arbeiten auf der jeweils anderen Seite der Grenze erschweren.

Dieses Problem vereinigt eine Reihe von Teilaspekten in sich. Eine der meistgenannten Sorgen ist die **mangelnde Anerkennung von Ausbildung und Qualifikationen**. Obwohl in diesem Bereich Fortschritte bei der Harmonisierung gemacht werden, geben Arbeitssuchende an, dass es den Arbeitgebern oftmals an Wissen zum ausländischen Bildungswesen mangelt. Einige gehen sogar so weit, von tatsächlicher Diskriminierung beim Zugang zu Arbeitsplätzen auf der anderen Seite der Grenze zu sprechen.

Unterschiede bei der sozialen Sicherheit und den Renten- und Steuersystemen

werden ebenfalls häufig als schwere Belastung für Grenzgänger angegeben. In bestimmten Fällen wirken sich diese Probleme durch die Schwierigkeit, Sozialleistungen einzufordern, oder durch eine unterschiedliche Besteuerung nachteilig für die Arbeitnehmer aus. Dies führt zu einem hohen Maß an Unsicherheit für die betroffenen Personen.

Schon die **allgemeine Komplexität administrativer Vorgänge** an sich ist ein aus-

sagekräftiger Aspekt, denn sie hält Menschen davon ab, sich auf der anderen Seite der Grenze eine Arbeitsstelle zu suchen. Die Befragten heben manchmal hervor, dass den Arbeitnehmern das Wissen über das auf der anderen Seite der Grenze herrschende Recht fehlt. Auch die Behörden sind nicht mit den Situationen, die Grenzgänger betreffen, vertraut. Obwohl dies ganz allgemein als Querschnittsproblem der mangelnden Information betrachtet werden kann, so wird es dennoch häufig als spezifisches administratives oder rechtliches Hindernis genannt.

Andere konkretere rechtliche Fragen, die von einigen Befragten genannt wurden, umfassen beispielsweise Regelungen, die Grenzgängern keine Möglichkeit zur Telearbeit geben, weshalb diese im Vergleich zu einheimischen Arbeitnehmern benachteiligt sind.

Es ist jedoch auch wichtig zu erwähnen, dass einige Antworten darauf hinweisen, dass sich Grenzgänger im Vorteil befinden, denn ihre Mobilität erleichtert ihnen den Zugang zu bestimmten öffentlichen Dienstleistungen, wie z. B. medizinischer Versorgung, auf beiden Seiten der Grenze.

„Die unterschiedlichen Systeme der Besteuerung und der sozialen Sicherheit haben zur Folge, dass die Betroffenen zwischen die Systeme fallen. Aufgrund der unterschiedlichen Gesetzgebung entstehen Situationen, in denen Arbeitnehmern in beiden Ländern Leistungen vorenthalten werden, die Staatsangehörigen beider Länder zustehen.“⁽⁹⁾

„Rechtliche und administrative Hindernisse ermutigen Menschen nicht dazu, in einer Nachbarregion zu arbeiten. Der zusätzliche Verwaltungsaufwand bezüglich sozialer Sicherheit, Steuern usw. verlangt Grenzarbeitern sehr viel ab.“

„Einige der im Heimatland vergebenen Zeugnisse haben im Nachbarland keine Gültigkeit. Das bedeutet, dass nicht derselbe Beruf ausgeübt werden kann oder dass Kosten entstehen, um das entsprechende Zeugnis auch im Nachbarland zu erwerben.“

Die Beschäftigung ist jedoch nicht der einzige Bereich, in dem aus rechtlichen und administrativen Hindernissen Schwierigkeiten entste-

hen. **Auch Unternehmen und Unternehmer treffen auf diese Art von Hemmnissen**, obwohl diese Probleme um etwa die Hälfte seltener genannt wurden als das Thema Beschäftigung (dies könnte darauf zurückzuführen sein, dass Einzelpersonen etwa die Hälfte der Befragten bei der Konsultation ausmachen). **Unterschiede bei den technischen Standards und Vorschriften für Erzeugnisse sowie für bestimmte Dienstleistungen wirken tatsächlich als Hemmnisse für den Zugang zu bestimmten Märkten jenseits der Grenze.**

Im Fall von Unternehmen wird auch **die Kenntnis** der rechtlichen und administrativen Regeln, die auf der anderen Seite der Grenze gültig sind, als problematisch angesehen (in Bezug auf das Steuerwesen, Versicherungen, Unfälle am Arbeitsplatz usw.).

„Unterschiedliche Sozial-, Arbeits-, Steuer- und Unternehmensgesetze sind ein Hemmnis für grenzüberschreitende Tätigkeiten.“

„Unterschiedliche Standards und nationale Vorschriften, u. a. nationale Prüfkriterien (v. a. in Deutschland) behindern

den grenzüberschreitenden Handel. [...] Bezüglich medizinischer Produkte bedeuten unterschiedliche Informationsanforderungen, dass eine andere Verpackung verwendet werden muss, auch wenn die Sprache dieselbe ist (z. B. Schweden/Finnland). Langwierige Genehmigungsverfahren schaffen ebenfalls Hindernisse.“

„Rechtliche und technische Unterschiede halten französische Unternehmen davon ab, an deutschen Ausschreibungen teilzunehmen.“

Allgemein betrachtet kann man sagen, **dass bestimmte Probleme rechtlicher und administrativer Art, die am häufigsten auftreten und alle Teilnehmertypen beeinträchtigen, den unterschiedlichen Steuer- und Sozialversicherungssystemen (einschließlich Gesundheitswesen und Alterssicherung) zuzuordnen sind.** Diese werden als Haupthindernisse für die Mobilität der Arbeitskräfte gewertet.

Bei einigen Antworten wurde zusätzlich zur mangelnden Harmonisierung zwischen den nationalen Systemen die unzureichende

Abstimmung zwischen den nationalen Verwaltungsbehörden, einschließlich der unvereinbaren Verwaltungsvorschriften und Probleme bei der Übertragung von Informationen zwischen den Systemen, genannt. Außerdem wurden Meinungen zu der **allgemeinen Unsicherheit bezüglich grenzübergreifender Lösungen** geäußert: Unterschiede bei den rechtlichen und administrativen Befugnissen hemmten die Möglichkeiten einer umfassenderen und strukturierteren Zusammenarbeit oder die ermittelten grenzüberschreitenden Lösungen seien nicht auf alle Arten der Kooperation anwendbar (z. B. Europäischer Verbund für territoriale Zusammenarbeit). Diese Probleme gehen über eine grenzüberschreitende Verwaltung hinaus und berühren nationale, zentralisierte Fragen, obwohl sie scheinbar von denjenigen am intensivsten verspürt werden, die in Grenzregionen leben und aus verschiedenen Gründen rege Grenzgänger sind.

„Wenn ich beispielsweise meine Arbeitsstelle verlieren würde, dann würden die für den Erhalt von Arbeitslosengeld erforderlichen Formalitäten sehr viel Zeit in Anspruch nehmen. Dies trifft auf alle Institutionen der sozialen Sicherheit zu, was

mittel- und langfristige sehr aufreibend ist.“

In den Antworten wurde **zu den rechtlichen Hindernissen auch gesagt, dass sie die Einwohner von Grenzregionen als Konsumenten benachteiligen, wenn sie bestimmte Waren oder Dienstleistungen erwerben.** Dies trifft besonders auf die folgenden Bereiche zu:

- ☉ **Bankensektor:** ungünstige Bedingungen für die Eröffnung von Bankkonten, den Zugang zu Verbraucherdarlehen, Versicherungen, Hypotheken für Immobilien usw. jenseits der Grenze oder das Nichtanerkennen bestimmter Zahlungsmittel. Einige sagen, dass es unerlässlich ist, ein Bankkonto auf beiden Seiten der Grenze zu haben, um als Bürger in Grenzregionen das tägliche Leben bewältigen zu können;
- ☉ **Telekommunikation und Post:** Roaminggebühren für Mobiltelefone, Barrieren beim Zugang zu ausländischen Mobilfunkverträgen, besondere Nummern, die im Ausland nicht gültig sind, Geoblocking bestimmter Internetseiten und hohe Postgebühren, die die räumliche Nähe nicht berücksichtigen;

- ⊕ **esundheitswesen:** keine Koordination bzw. keine Information über den Zugang zum Gesundheitswesen im Ausland;
- ⊕ **Verkehrssektor:** unterschiedliche Fahrpreise und Fahrkartensysteme, Schwierigkeiten beim Erwerb eines Fahrzeugs auf einer Seite der Grenze und dessen Registrierung auf der anderen Seite.

Einige erwähnen auch fehlende Abkommen bezüglich Notfall- und Rettungsdiensten, die auf beiden Seiten der Grenze tätig sind (beispielsweise ist es Rettungswagen nicht gestattet, die Staatsgrenze zu überqueren, um Patienten zum nächstgelegenen Krankenhaus zu bringen).



Mögliche Lösungen

Mögliche Lösungen umfassen: **Förderung von größerer Annäherung bei regulatorischen Rahmenbedingungen oder Vorschriften, mehr Flexibilität und gegenseitige Vereinbarungen; Stärkung der entsprechenden Kompetenzen; Bürgern, Unternehmen und Organisationen mehr Informationen zur Verfügung**

stellen.

Ein wesentlicher Teil der Befragten wies auf Unterschiede bei der Umsetzung von EU-Bestimmungen (Richtlinien) hin, wodurch rechtliche und administrative Hindernisse geschaffen würden. Sie sprechen sich für eine **bessere Koordination und Harmonisierung der Umsetzung von regulatorischen Vorschriften** in Grenzregionen aus, z. B. durch Folgenabschätzungen für Grenzregionen mit Blick auf die Förderung einer größeren Annäherung.

Es wird außerdem **mehr Flexibilität bei der allgemeinen Umsetzung von nationalem/regionalem Recht** in Grenzregionen gefordert: die Idee der „Freisprechung“ von Grenzregionen von nationalem Recht oder der Anpassung des Rechts an die Bedingungen von Grenzregionen wird einige Male vorgeschlagen. Um die beste Lösung für Grenzregionen zu finden, fordern einige Teilnehmer das Recht zu experimentieren und beispielsweise Pilotprojekte durchzuführen, die außerhalb des nationalen Rechtsrahmens liegen.

„Wenn man an der Beseitigung von Barrieren arbeiten will, dann ist es notwendig,

alle regulatorischen Vorschriften, die beide Regionen betreffen, zu standardisieren. [...] Die Europäische Kommission muss klare Richtlinien ausarbeiten, die für alle Länder gleich sind.“

„Verfahren harmonisieren; Übereinkommen zwischen den Mitgliedstaaten zur sozialen Sicherheit und Steuervorschriften usw. schließen.“

„Beratungsgremien müssen ausgeweitet und Kompetenzen gebündelt werden, um bestimmte Probleme lösen zu können und Lösungsvorschläge müssen an die entsprechenden Gremien weitergeleitet werden (z. B. eine Arbeitsgruppe für Grenzgänger). Es sollte möglich sein, Experimentierklauseln in Grenzregionen einzuführen. Projekte müssen von nationalem Recht oder nationalen Standards abweichen dürfen.“

„Bestimmungen im Rahmen der europäischen Gesetzgebung zu möglichen Abweichungen von nationalen Rechtsvorschriften im Interesse von sinnvollen Lösungen für Grenzregionen im Bereich der regionalen Entwicklung.“

Die **Frage der administrativen Kompetenzen** wird ebenfalls in einigen Antworten aufgeworfen: die **unterschiedlichen administrativen Strukturen auf beiden Seiten der Grenze** werden als Hindernis für Zusammenarbeit und Einigungsfindung angesehen.

Einige Angaben erörtern die Bedeutung der Weiterentwicklung von Strukturen wie den Euroregionen und dem EVTZ, indem sie entweder mehr Mittel oder mehr Handlungsspielraum erhalten. Obwohl diese Instanzen von einigen Befragten als mögliche Quelle der Nachhaltigkeit in der grenzübergreifenden Zusammenarbeit angesehen werden, so empfinden viele ihre Größe und ihren Geltungsbereich als zu unbedeutend, als dass sie alle aktuellen Herausforderungen und Möglichkeiten angehen könnten – dementsprechend sollten neue Strukturen geprüft werden.

„Da es verschiedene Problembereiche gibt, von denen einige langwierige Prozesse und Verfahren verlangen, scheinen gut positionierte und gut integrierte grenzübergreifende Institutionen die beste Lösung zu sein, denn sie sind in der Lage, diese Probleme zu ermitteln, an ihnen zu arbeiten und sie, falls nötig, weiterzuleiten. [...] Dennoch können

bestimmte Probleme nur auf nationaler oder europäischer Ebene gelöst werden. Subsidiarität ist der Schlüssel.“

Unterschiede in der Arbeitsweise von Verwaltungen und der mangelnde Austausch von Informationen werden als Probleme angesehen, die **teilweise durch IT-Entwicklungen angegangen werden können**. Die Ausweitung des Datenaustauschs könnte Verfahren vereinfachen, die Belastung der Einzelperson vermindern und manchmal langwierige Verfahren verkürzen. Der Austausch von bewährten Verfahren im Allgemeinen wurde ebenfalls angesprochen.

„Auch wenn die Harmonisierung der Gesetze nicht möglich ist, so sollten die nationalen Verwaltungsbehörden (z. B. im Bereich soziale Sicherheit) zusammenarbeiten, um wenigstens die Verwaltungsprozesse zu vereinfachen. Vielleicht kann auch ein Datenaustausch einige Verfahren vereinfachen.“

„Es sollte eine einzige Kontaktstelle zur Zentralisierung der Dokumente geben, die an die Institutionen der sozialen Sicherheit

in beiden Ländern geschickt werden müssen, so dass man nicht zu mehreren Behörden gehen muss (die gesamte Kommunikation zwischen den Institutionen für soziale Sicherheit läuft über uns und manchmal ist es ein langes Hin und Her und es gibt viele Missverständnisse).“

Schließlich ist es wichtig zu betonen, dass der **Ursprung** einer Vielzahl von Hindernissen rechtlicher und administrativer Art im allgemeinen **Mangel an Bewusstsein und Informationen** bezüglich des „Lebens“ jenseits der Grenze gesehen wird. Viele haben das Gefühl, nicht ausreichend über die rechtlichen und administrativen Vorschriften informiert zu sein, besonders in Bezug auf grenzüberschreitende Beschäftigung. Zu den Lösungsvorschlägen gehören Informations- und Sensibilisierungskampagnen. Andere Ideen umfassen den Einsatz oder die Bestimmung von zusätzlichen Personen, die für die Information der Öffentlichkeit in Kommunen und öffentlichen Diensten zu den Möglichkeiten jenseits der Grenze zuständig sind. Der Informationsaspekt ist außerdem klar mit den Sprachbarrieren verknüpft, denn das Sprachenlernen – nicht nur für Grenzgänger, son-

dem auch für die öffentlichen Verwaltungen, die für diese Personen zuständig sind – wird als eine Möglichkeit der Verbesserung des Zugangs zu Informationen angesehen.

„Aussagekräftige Aufklärungskampagnen für Unternehmen und Privatpersonen. Eindeutig ausgewiesene Personen müssen im Auftrag von Kommunen und Schatzämtern bei grenzübergreifenden Problemen für die Öffentlichkeit Ansprechpartner sein.“

„Damit sich Grenzgänger mit den rechtlichen Gegebenheiten des Landes, in dem sie arbeiten, vertraut machen können, wäre es hilfreich, wenn die Internetseiten der Behörden und die auszufüllenden Dokumente in mehr als einer Sprache verfügbar wären – zumindest in Grenzregionen.“

SPRACHBARRIEREN

Insgesamt wird die Sprache von 38% der Befragten als wichtiges Problem in Grenzregionen angesehen und ist somit das am zweithäufigsten genannte Hindernis.



Hindernisse

Zunächst ist es wichtig, festzuhalten, dass **Sprache ein bereichsübergreifendes Hemmnis ist, das die klar definierten Kategorien dieser öffentlichen Konsultation überschreitet**. Sprache wird nicht nur in ihrer eigenen Kategorie genannt, auf sie wird auch immer wieder in Verbindung zu anderen Hindernissen und Lösungen verwiesen. So wird z. B. die mangelnde Kenntnis der Sprache des Nachbarlandes als bedeutsam für die Kooperation zwischen den öffentlichen Verwaltungen und zwischen Kommunalpolitikern angesehen. Dementsprechend wurde Sprache einige Male in Verbindung mit rechtlichen und administrativen Hindernissen oder dem Interesse der Behörden an einer Zusammenarbeit genannt. Außerdem sind viele Menschen der Meinung, dass Sprachenlernen der Toleranz und dem gegenseitigen kulturellen Verständnis förderlich ist, während das Sprechen verschiedener Sprachen zu Spannungen und Misstrauen beiträgt. So wurde Sprache oft mit Kommentaren in Bezug auf soziokulturelle Unterschiede und den Mangel an Vertrauen verbunden. In

den meisten Fällen benennen die Befragten jedoch keinen spezifischen Politikbereich, in dem Sprachbarrieren besonders problematisch wären.

Die Auswirkungen von Sprachbarrieren betreffen **verschiedene Gruppen und so sollten, nach Angaben der Teilnehmer, diese durch bestimmte Maßnahmen gezielt unterstützt werden**. Einige betrachten das Problem aus einer allgemeinen gesellschaftlichen Perspektive und betonen, wie sehr **Sprachbarrieren den Austausch im täglichen Leben behindern**, z. B. bei der Einbindung in die Gemeindearbeit oder das gesellschaftliche Leben. Andere unterstreichen die Auswirkungen von **Sprachbarrieren in der Arbeitswelt** und legen den Fokus auf die Möglichkeiten für größere Mobilität von Arbeitskräften in Grenzregionen. Diesbezüglich wird ein unzureichendes Beherrschen von Fachvokabular in der Fremdsprache als zentrales Hindernis hervorgehoben. In einer anderen Kategorie von Antworten führen die Befragten an, dass **die Möglichkeiten zum Austausch von bewährten Verfahren zwischen den Verwaltungen** durch Sprachbarrieren **erheblich beeinträchtigt ist**. Deshalb ist die Stärkung der Sprachkompe-

tenzen in den Verwaltungen für eine bessere Kommunikation mit Bürgern und anderen Verwaltungen von größter Bedeutung für einige Teilnehmer.



Mögliche Lösungen

Lösungsvorschläge gibt es sowohl auf der Angebotsseite (Verfügbarkeit von Schulungen) als auch auf der Nachfrageseite (Förderung des Interesses am Sprachenlernen).

Zu den genannten Problemen gehören der Mangel an Sprachlernmöglichkeiten und ein offensichtliches Desinteresse unter den Bewohnern von Grenzregionen, die Sprache des Nachbarlandes zu erlernen. Deshalb schlagen die Befragten beispielsweise vor, **verstärkt in die Schulung und das lebenslange Lernen von Sprachen zu investieren**. Einige Teilnehmer betonen das arbeitsplatzbezogene Sprachenlernen mit Blick auf eine Verbesserung der Beschäftigungsperspektiven im Nachbarland. Andere beziehen sich auf das Sprachenlernen in Schulen und ganz allgemein als Teil des Bildungssystems: Beispielsweise könnten europäische Schul-

klassen oder grenzübergreifende bilinguale Schulen gefördert und das Lernen der Sprache des Nachbarlandes in Grenzregionen weiterentwickelt werden.

Die Idee der **Sprachaustauschprogramme** erfährt von vielen Befragten jede Menge Unterstützung. Diese Programme sollten sowohl auf Kinder als auch auf Erwachsene zugeschnitten sein und es wird finanzielle Unterstützung gefordert, um sie für die Bürger besser zugänglich zu machen. Verwaltungen und Behörden werden ebenfalls als wichtige Zielgruppe für solche Maßnahmen und für das Sprachenlernen im Allgemeinen genannt, um Vertrauen und gegenseitigen Respekt zu schaffen.

Viele Befragte betonen, dass das **Sprachenlernen mit Interesse am Nachbarland und dem Verständnis seiner sozialen und kulturellen Normen einhergehen sollte**. Aus diesem Grund wird der Sprachunterricht von den Teilnehmern oft als etwas beschrieben, das das Vermitteln sozialer und kultureller Kompetenzen einschließen sollte.

„Die Sprachkenntnisse sollten verbessert werden. Die frühkindliche Bildung sollte

sich auf einen Bilingualismus konzentrieren, und zwar durch gemeinsame Kinderbetreuungseinrichtungen oder zweisprachige Schulen. Die dort erworbenen Qualifikationen müssen auf beiden Seiten der Grenze anerkannt werden.“

„Sprachprojekte in Grenzregionen nicht nur für Kinder oder Studenten, sondern auch leicht zugängliche Sprachkurse für Erwachsene zu erschwinglichen Preisen. Unternehmen könnten Mitarbeitern oder Studenten außerdem Einrichtungen zur Sprachausbildung zur Verfügung stellen.“

Darüber hinaus werden Sprachbarrieren, nach Aussage der Befragten, nicht nur durch die Verfügbarkeit von Sprachkursen, sondern auch durch die Förderung des Interesses an Sprachen bei den Bürgern beseitigt. Viele bedauern das mangelnde Interesse der Bewohner von Grenzregionen, die Sprache des Nachbarlandes zu lernen und mehreren Teilnehmern zufolge wäre es wichtig, diesen Bürgern zu vermitteln, welche Vorteile das Erlernen dieser Sprache hat. Einige führen diesen Gedanken sogar so weit, dass sie für ein verpflichtendes Erlernen der Sprache des Nach-

barlandes in den Schulen eintreten. Auch die Mitarbeiter öffentlicher Verwaltungen sollten Mindestsprachkenntnisse aufweisen können. Viele andere stellen die Freiwilligkeit beim Fremdspracherwerb jedoch nicht in Frage.

In einigen sehr speziellen Fällen wird der Erhalt einer gemeinsamen Minderheitensprache als Mittel angesehen, die gemeinsame grenzübergreifende Identität zu stärken. Es gibt auch sehr unterschiedliche Meinungen zum Gebrauch einer dritten Sprache (meistens Englisch) für die Kommunikation in Grenzregionen. Während einige meinen, dass dies eine echte Alternative zum Erlernen der Sprache des anderen ist, verfechten viele die Notwendigkeit, den Gebrauch der eigenen Sprache in einer Grenzregion zu schützen.

„Langfristige Ausbildungsprogramme zur Verbesserung von Sprachkenntnissen, sichtbare Vorteile für ein Verstehen des Nachbarn (Statistiken, die die Situation auf dem Arbeitsmarkt verdeutlichen, Vorhersagen zu den Fertigkeiten, die auf dem Arbeitsmarkt benötigt werden, freier Datenzugang für Bürger).“

„Das Erlernen der Sprache des unmittelba-

ren Nachbarlandes sollte in allen Schulen in Grenzregionen verpflichtend sein (z. B. in einem Umkreis von 50 km zur Grenze), um wenigstens die Grundlagen der Sprache zu lernen. Außerdem ist es Aufgabe der Medien, die Menschen mit der Sprache des Nachbarlandes in Kontakt zu bringen, die Vorzüge des Erlernens dieser Sprache aufzuzeigen und regelmäßig viele Radio- und Fernsehsendungen in der Sprache der Grenzregion zu senden. Lehrer, Schüler und Studenten müssen regelmäßig damit in Kontakt kommen.“

SCHWIERIGER PHYSISCHER ZUGANG

Der schwierige physische Zugang ist das am dritthäufigsten genannte Hindernis (von 32 % der Befragten genannt).



Hindernisse

Wie die rechtlichen und administrativen Hindernisse rief auch der schwierige physische Zugang viele Kommentare als

Antwort auf die offenen Fragen hervor: ein Drit-

tel der Teilnehmer beschrieb die Folgen des schwierigen Zugangs für das Alltagsleben und schlug Lösungen vor.

Die hauptsächlichsten Bedenken waren:

- ⊕ mangelnde Infrastruktur
- ⊕ minderwertige/schlecht gesicherte Infrastruktur, unzureichender Ausbau bzw. Instandhaltung
- ⊕ fehlende integrierte öffentliche Nahverkehrssysteme an der Grenze
- ⊕ fehlende Verbindungen (besonders Schienenverkehr) und die geringe Häufigkeit der Verbindungen
- ⊕ unterschiedliche Regelungen und Standards in Bezug auf das Verkehrswesen
- ⊕ Verkehrsstaus und lange Pendelzeiten
- ⊕ Kosten für das Überqueren der Grenze.

Die fehlenden Verkehrsverbindungen werden zwar in verschiedenen Zusammenhängen genannt, doch es gibt einen grundlegenden Unterschied: In einigen Fällen besteht Bedarf an einer **besseren Infrastruktur/mehr Grenzübergängen**, um die mangelhafte Integration und den eingeschränkten Zugang der Grenzregionen (beispielsweise durch natürliche Grenzen wie Flüsse oder

Berge) zu überwinden. In diesen Situationen ist der physische Zugang ein sehr grundsätzliches Problem, das auch Einfluss auf andere grenzübergreifende Wechselbeziehungen hat. In anderen Fällen wird der Austausch über die Grenze hinweg nicht durch natürliche Hindernisse beeinträchtigt, **doch das höhere Maß an Interaktion führt zu einem noch größeren Bedarf an Transport- und Verkehrsverbindungen** (beispielsweise gibt es mehr Pendler, aber nur beschränkte Anbindungen mit öffentlichen Verkehrsmitteln).

Ein häufig genanntes Thema sind die **integrierten öffentlichen Transportdienstleistungen** in Grenzregionen; diese stellen die Teilnehmer in ihrem täglichen Leben häufig vor Probleme. Unterschiedliche öffentliche Verkehrssysteme, die isoliert voneinander arbeiten und nicht berücksichtigen, was jenseits der Grenze geschieht, werden oft als Hindernis genannt. Die Teilnehmer verbinden viele Hemmnisse für ein integriertes öffentliches Verkehrssystem mit der Komplexität der Regeln, des Rechts und der Verwaltungsprozesse, die eine Zusammenarbeit behindern. Einige betonen, dass die **Marktgegebenheiten oft zu einem Angebot von Transportdienstleistungen führen, das**

den Bedürfnissen einiger Bewohner von Grenzregionen nicht entspricht und sie zwingt, ihre Autos als einzig brauchbares Mittel zur Grenzüberquerung zu nutzen.

Unterschiedliche Netzwerke werden ebenfalls angesprochen: Einige Teilnehmer legen den Schwerpunkt auf Straßen- und Schienennetzwerke, die große Städte verbinden, während andere sich auf sekundäre Netzwerke und eher lokale Verbindungen beziehen. Die Kommentare unterstreichen sowohl die **unzureichende Zahl an Verbindungen als auch die mangelnde Qualität der Infrastruktur und deren Instandhaltung. Der Zustand der Infrastrukturen und die Transportoptionen werden ebenso erörtert wie Beschwerden zu Verkehrsstaus und langen Reise-/Pendelzeiten.** Grenzkontrollen und -verfahren werden als Hindernisse genannt, die zu längeren Reisezeiten führen, wohingegen einige Personen die Sicherheit der Straßen erwähnen.

Das **Problem der Kosten ist für die Befragten auch wichtig**, denn sie empfinden das häufige Überqueren der Grenze als zu teuer. Dies ist v. a. in Grenzregionen der Fall, wo im großen Rahmen in die Infrastruk-

tur investiert wurde (beispielsweise der Kanal zwischen dem Vereinigten Königreich und Frankreich/Belgien und Tunnel in Bergregionen). Wieder werden die Marktgegebenheiten angeführt, um die hohen Preise, die den Bedürfnissen von Vielfahrern nicht entsprechen, zu erklären und de facto zu weniger Austausch zwischen den Grenzregionen führen.

„Viele Einwohner von Lubawka arbeiten in der Tschechischen Republik und ihre Probleme wurden von ihren Arbeitgebern gelöst, indem diese den Transport von Lubawka anbieten. Diese Lösung schließt jedoch keine Touristen ein. Im Sommer gibt es zwar eine Zugverbindung, doch außerhalb dieses Zeitraums gibt es nur einen Bus. Die Zahl der Verbindungen reicht nicht aus.“

„Zugang: der öffentliche Nahverkehr endet normalerweise an der Grenze, was bedeutet, dass der Zugang zum Nachbarland ein Hindernis darstellt. Man kann im Anschluss eine Zug- oder Busverbindung nehmen, doch die ist nicht immer zuverlässig.“

„Die Verkehrsverbindungen sind viel schlechter als in den entsprechenden Ländern selbst.“

Es gibt keine direkte Zug- oder Busverbindung zwischen Freiburg und Colmar – eine unvorstellbare Situation, wenn zwei Städte im selben Land so nah beieinanderliegen würden. Grenzüberschreitende Zugverbindungen sollten nicht nur nach ihrem finanziellen Nutzen beurteilt werden. Sie könnten auch eine Hebelwirkung haben; sie sind die einzige Möglichkeit für junge Franzosen beispielsweise nach Deutschland zu pendeln“



Mögliche Lösungen

Viele der Lösungsvorschläge basieren auf der zentralen Idee von öffentlichen Investitionen in Verkehrsverbindungen und die Infrastruktur, und der öffentlichen (finanziellen) Unterstützung zur Reduzierung der Preise für den Grenzübertritt. Einige Befragte nennen EU-Projekte und EU-Ziele, wie z. B. die Entwicklung der TEN-V-Korridore in Grenzregionen.

Die Teilnehmer unterstreichen die Notwendigkeit, den Verkehr zwischen den Ländern zu integrieren und dessen Funktion auch jenseits der Grenze zu sehen. Grenzübergreifende Strategien, angemessene Planung und die

Abstimmung zwischen den Hauptakteuren stehen im Mittelpunkt vieler Vorschläge. Die Befragten wünschen sich außerdem mehr private Initiativen unter nationalen Transport- und Verkehrsunternehmen oder im Tourismusbereich, um einige Beispiele zu nennen, sowie mehr öffentlich-private Partnerschaften, um den physischen Zugang zu verbessern.

Viele rechtliche und administrative Elemente werden ebenfalls als Quelle für Schwierigkeiten bei der Bereitstellung eines besseren physischen Zugangs genannt, wie beispielsweise der Mangel an harmonisierten Standards oder grenzübergreifenden Fahrkartensystemen

„Unterstützung aus EU-Fonds sollte hauptsächlich auf die grundlegende Sanierung von veralteter Infrastruktur in Grenzregionen auf beiden Seiten der Grenze ausgerichtet sein.“

„Öffentliche Transportdienstleistungen (Bus und Zug) sollten bis jenseits der Grenzen geplant werden. Die Preise müssen in Einklang gebracht werden.“

„Aus nationaler/regionaler Sicht werden

diese Probleme hauptsächlich durch das örtliche öffentliche Nahverkehrssystem hervorgerufen, das die Nachbarregion nicht berücksichtigt. [...] Ein erster Schritt in die richtige Richtung wäre die Einführung von grenzübergreifenden Ticket-Lösungen und Reiseinformationen für das örtliche öffentliche Verkehrsnetz. Eine verbesserte Abstimmung hängt vom Wohlwollen der Verkehrsverbände und der großen Betreiber ab.“

DAS INTERESSE DER BEHÖRDEN AN EINER ZUSAMMENARBEIT

Das Interesse der Behörden an einer Zusammenarbeit ist das Hemmnis, das am vierthäufigsten genannt wurde und für 29% der Befragten ausschlaggebend ist. Dieses Thema rief auffallend weniger Kommentare und Vorschläge als Antwort auf die offenen Fragen hervor als die anderen Hindernisse.



Hindernisse

Lokale Behörden und Politiker gehören zu den am häufigsten diskutierten Instanzen

in den Antworten und bis zu einem gewissen Grad auch ihre regionalen Gegenüber. **Zunächst wird die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in hohem Maße als sehr abhängig vom spezifischen lokalen Kontext angesehen.** Das bedeutet, dass die individuellen Kontakte, die politische Partei und/oder der Wille der einzelnen Politiker eine wichtige Rolle beim Ausmaß der Zusammenarbeit spielen. So gesehen ist die Kooperationsbereitschaft der Behörden bei weitem nicht der Normalfall und manchmal ist das Interesse nicht auf beiden Seiten der Grenze gleich groß.

Das Hauptproblem, das in vielen Antworten genannt wird, ist **der Eindruck, dass lokale Politiker sich der Vorteile einer grenzübergreifenden Zusammenarbeit nicht bewusst sind bzw. nicht davon überzeugt sind.**

Ein mangelndes Interesse an einer Zusammenarbeit wird auch mit gesellschaftlichen, kulturellen und sprachlichen Unterschieden erklärt, die den persönlichen Kontakt erschweren. Die schlichte Tatsache, dass die Nachbarsprache und somit die Verwaltung nicht verstanden wird, stellt auf der

Ebene der lokalen Behörden ein Hindernis dar.

Einige Befragte haben den Eindruck, dass die nationalen Behörden die Probleme der Grenzüberschreitung ignorieren oder diese Probleme nicht genügend Menschen betreffen, um auf nationaler Ebene Beachtung zu finden.



Mögliche Lösungen

Einige Lösungen zielen auf **die Sensibilisierung von Lokal- und Regionalpolitikern für die Vorteile einer grenzübergreifenden Zusammenarbeit**, beispielsweise durch wirtschaftliche Analysen und die wissenschaftliche Erforschung der Bedürfnisse in Grenzregionen. Eine erhebliche Anzahl der Teilnehmer schlägt zudem **die Förderung von Kontakten und des Austauschs sowohl auf persönlicher als auch auf Verwaltungsebene** vor, um das gegenseitige Verständnis zu pflegen. Unterschiedliche Veranstaltungen, bei denen wichtige Interessenvertreter für grenzübergreifende Zusammenarbeit mit lokalen und regionalen Verwaltungen zusammenkommen, werden als mögliches Vorgehen beschrieben.

Einige der Befragten betrachten es als die Aufgabe der Bürger und der Zivilgesellschaft als Ganzes, die Situation zu verändern und die öffentlichen Behörden stärker für eine grenzübergreifende Zusammenarbeit zu interessieren. In gewisser Art und Weise **wird (in diesen Antworten) das mangelnde Interesse der Behörden an einer Zusammenarbeit als Spiegel des mangelnden Interesse unter den Bürgern selbst angesehen.** Einer der möglichen Lösungsansätze besteht daher in zusätzlichen Initiativen seitens der Bürger. In einigen Antworten werden die Behörden sogar als der Zivilgesellschaft voraus beschrieben, ohne jedoch breite Unterstützung zu erfahren. Es muss jedoch auch erwähnt werden, dass andere Teilnehmer hervorheben, dass zivile/bürgerliche Initiativen bestehen, diese aber nicht angemessen von Politikern und den entsprechenden Behörden unterstützt werden. Jenseits der Diskussionen und lokalen Unterschiede zeigen die Beiträge jedoch, dass trotz allem eine grundsätzliche Bereitschaft zur Zusammenarbeit zwischen der Zivilgesellschaft und den Behörden besteht.

„Auf politischer Ebene findet die grenzübergreifende Kooperation noch nicht automatisch statt. Grenzübergreifende Maßnahmen sind eher „nettes Beiwerk“ als Teil einer Lösung für Probleme, die niemand alleine lösen kann.“ → Lösungsvorschlag: „Die Kommunikation zwischen den Verwaltungen, z. B. Mitarbeiteraustauschprogramme, sollte verbessert werden.“

„Zu wenige Politiker sind von den Vorteilen der grenzübergreifenden Zusammenarbeit überzeugt.“ → Lösungsvorschlag: „Größere Anregung der lokalen Behörden durch die Unterstreichung der Vorteile einer grenzübergreifenden Kooperation für die örtliche Bevölkerung.“

„Einrichtung einer jährlich stattfindenden grenzübergreifenden Politveranstaltung.“

„Die Herstellung und Aufrechterhaltung von Kontakten wird meist durch Organisationen der Zivilgesellschaft ermöglicht. Es wäre schön, auch Unterstützung auf höherer Ebene zu erfahren.“

WIRTSCHAFTLICHE UNTERSCHIEDE

Entsprechend der Häufigkeit der Nennungen rangieren die **wirtschaftlichen Unterschiede** an fünfter Stelle. Sie werden von 29% der Teilnehmer als wichtig angesehen und 15% nehmen in ihren Antworten auf die offenen Fragen darauf Bezug.



Hindernisse

Wirtschaftliche Unterschiede werden **oft als ein Aspekt mit zwei Seiten beschrieben** – d. h. sie sind sowohl Hindernis als auch

Chance (zumindest für bestimmte Gruppen). Werden sie als Hindernis empfunden, so betrifft einer der am häufigsten genannten Aspekte die **Unterschiede auf dem Arbeitsmarkt und bei den Löhnen**, die meist für Arbeitnehmer auf nur einer Seite der Grenze attraktiv sind und so eine Bewegung in nur eine Richtung auslösen. Bis zu einem gewissen Grad kann sich dies mit Blick auf die Verringerung der Arbeitslosenquote positiv auswirken, doch es birgt auch die große Gefahr der Benachteiligung für die andere Seite der Grenze, da diese unattraktiver erscheint und die Arbeitskräfte abwandern. Dieser Unter-

schied kann durch unterschiedliche finanzpolitische Maßnahmen und Steuersysteme noch verstärkt werden, was zusätzlich ein deutliches Ungleichgewicht auf Ebene der Kommunalsteuern schafft.

Aus Sicht der Verbraucher ist ein weiteres großes Problem die Tatsache, dass einige Güter und Dienstleistungen auf einer Seite der Grenze teurer sind und so die Bewohner der anderen Seite davon abhält, die Grenze zu überqueren. Diese **wirtschaftlichen Unterschiede führen zu ungleichmäßigen Strömen** zwischen den Grenzregionen und führen zu einem Rückgang des Handels auf der teureren Seite der Grenze. Unterschiedliche Steuer- und Umsatzsteuersätze werden ebenfalls als Grund für wirtschaftliche Unterschiede genannt. Beim Erwerb von Waren und Dienstleistungen erschweren **verschiedene Währungen den wirtschaftlichen Austausch über die Grenze hinweg** oder verursachen Unsicherheiten aufgrund der Wechselkursschwankungen.

Des Weiteren wurde erwähnt, dass unterschiedliche wirtschaftliche Strukturen auf beiden Seiten der Grenze die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit einschränken. Aufgrund unterschiedlicher Herausforderungen und Pri-

oritäten verringern sie zudem das Interesse der Nachbarregionen an einer Kooperation.

„Die höheren Lebenshaltungskosten in Griechenland im Vergleich zu Bulgarien erlauben keine häufigen oder langfristigen Aufenthalte in diesem Land.“

„Luxemburg hat gegenüber Frankreich einen unfairen Wettbewerbsvorteil, da die Abgaben der Arbeitgeber und die Sozialversicherungsabgaben unverhältnismäßig sind [...] Das resultiert in einem Versiegen der Beschäftigung auf der französischen Seite der Grenze und die „grenzübergreifenden“ Unternehmen lassen sich systematisch in Luxemburg nieder.“

„Es ist nicht einfach, Kommunen oder Regionen zu finden, die sich den gleichen Herausforderungen gegenübersehen.“



Mögliche Lösungen

Ein charakteristisches Merkmal unter all diesen Kommentaren ist die besonders hohe Anzahl von Fällen (ungefähr ein Viertel), in denen **kein Lösungsvorschlag gemacht wird – manchmal wird nur „ich weiß nicht“ oder „?“ angegeben. Die Befragten bemerken oft, dass es ein, zumindest**

kurzfristig, schwer zu lösendes Problem sei und dass sich die Situation langsam ausgleicht.

Die Lösungsvorschläge können jedoch in einige allgemeine Kategorien unterteilt werden:

⊕ **Die (gemeinsame) Weiterentwicklung der Seite der Grenze, die weniger Möglichkeiten,** niedrigere Löhne usw. bietet. Dies schließt verschiedene Maßnahmen ein, wie z. B. die bessere Abstimmung zwischen Bildungssystemen und dem Bedarf an Arbeitskräften, eine größere Konzentration auf lokales Know-how. Besonders die Kohäsionspolitik und Interreg haben nach Meinung einiger Umfrageteilnehmer das Potenzial, langfristig eine Annäherung zu erreichen.

⊕ **Einwirken auf die nationale Politik, vor allem im Hinblick auf Steuern und die Finanzpolitik, damit sie Mobilitätsanreize für Bürger und Unternehmen schafft.** In einigen Fällen fordern die Teilnehmer eine größere Harmonisierung. Zudem wird vorgeschlagen, die Behörden bei einer Änderung des Steuer- oder Umsatzsteuersystems zu einer Abschätzung der grenzübergreifenden wirtschaftlichen Folgen zu verpflichten.

⊕ **Schaffung ausgleichender oder korrigierender Systeme, falls Unterschiede nicht vermieden werden können,** wie z. B. ein System zum Steuerausgleich, das sowohl national als auch grenzübergreifend gültig ist.

„Derzeit ist es sehr schwierig, Lösungen für dieses Hindernis zu finden. Das Steuerwesen könnte die Situation vereinfachen.“

„Es wäre zwecklos, gegen die wirtschaftliche Attraktivität der Schweiz anzukämpfen. Frankreich wäre besser beraten, sich auf vielversprechende Sektoren zu konzentrieren und die beruflichen Qualifikationen zu verbessern. Zu diesem Zweck wäre eine Strategie zur Förderung der Hochschulbildung in der Region Genf-Frankreich auch eine wirkungsvollere Antwort auf die Bedürfnisse der örtlichen Unternehmen und würde den Verlust von Arbeitskräften reduzieren.“

„Schaffung eines Steuerausgleichssystems, das auf der Anzahl der Grenzgänger oder sogar deren Einkommen basiert.“

SOZIOKULTURELLE UNTERSCHIEDE/ MANGEL AN VERTRAUEN

Soziokulturelle Unterschiede und Mangel an Vertrauen wurden von den Befragten am seltensten als Hindernisse genannt und machen 19% bzw. 11% der Antworten aus.



Hindernisse

In den Antworten auf die offenen Fragen wurden die soziokulturellen Unterschiede doppelt so häufig angesprochen wie der Mangel an Vertrauen. **Die Kommentare zeigen viele Ähnlichkeiten auf und sind tatsächlich manchmal durch die Teilnehmer in eigenen Kategorien miteinander verbunden, wie z. B. „Mentalität“. Dies erlaubt eine gemeinsame Analyse.**

Im Allgemeinen wird ein mangelndes Verständnis von unterschiedlichen soziokulturellen Kontexten eng mit einem Mangel an Vertrauen in den Nachbarn verknüpft. **Manchmal** wird dies auch **einfach als Mangel an Interesse gewertet**. Auf allen Ebenen wird mangelnde Vertrautheit mit der Nachbarkultur genannt. In einigen Fällen wird der Mangel an Vertrauen als **geschichtliches Erbe dargestellt, so dass das Vertrauen nur über lange Zeit wiederhergestellt oder erneuert werden kann**.



Mögliche Lösungen

Die Mehrheit der Lösungsvorschläge nennt **ganz unterschiedliche Arten von Austauschprogrammen und interkulturellen/ Bildungsprojekten**, fz. B. kleinere Peer-to-Peer-Projekte sowie allgemeine kulturelle Projekte von frühestem Kindesalter an, um eine tiefer gehende, systemische und langfristige Zusammenarbeit zu ermöglichen. **Sprache wird außerdem als weiterer Schlüsselfaktor für eine Steigerung des Vertrauens und für den Abbau von soziokulturellen Unterschieden angeführt**. Außerdem werden Projekte für alle Altersgruppen und für alle Ebenen, einschließlich Politikern und Behörden, vorgeschlagen. Erasmus/Erasmus+ wird als konkretes Programm genannt, das bereits als Förderer auf diesem Gebiet fungiert, jedoch noch besser zur Lösung des Problems eingesetzt werden könnte. Einige Teilnehmer gehen noch einen Schritt weiter und schlagen die Schaffung einer gemeinsamen grenzübergreifenden Identität z. B. durch das Lehren der gemeinsamen Geschichte oder Kultur vor.

Die Befragten betonen außerdem die **Rolle der Medien bei der Bewerbung der Kultur des Nachbarlandes**: Interesse und Neugier können gefördert werden, indem man grenzübergreifende Medien schafft oder grenzübergreifende Probleme durch diese Medien

besser abdeckt. Auch allgemeine Informationskampagnen werden vorgeschlagen.

Einige Teilnehmer meinten zudem, dass die Beseitigung dieser beiden Hindernisse Zeit und Mühe erfordert. Ist diese Beseitigung jedoch einmal geglückt, ist eine aktivere Zusammenarbeit möglich, die auch die Lösungsfindung in anderen Bereichen vereinfacht.

„Schaffung von Gelegenheiten in allen Bereichen, um den Nachbarn zu treffen: Schulen (Austausch), Arbeit (gemeinsame Berufsausbildung, gemeinsamer Arbeitsmarkt), Freizeit und Privatleben (öffentliche Feiern).“

„Förderung der wirtschaftlichen Aktivität und der Investitionen in Grenzregionen, größere Beachtung örtlicher Medien, die über aktuelle Themen in der Nachbarregion jenseits der Grenze berichten.“

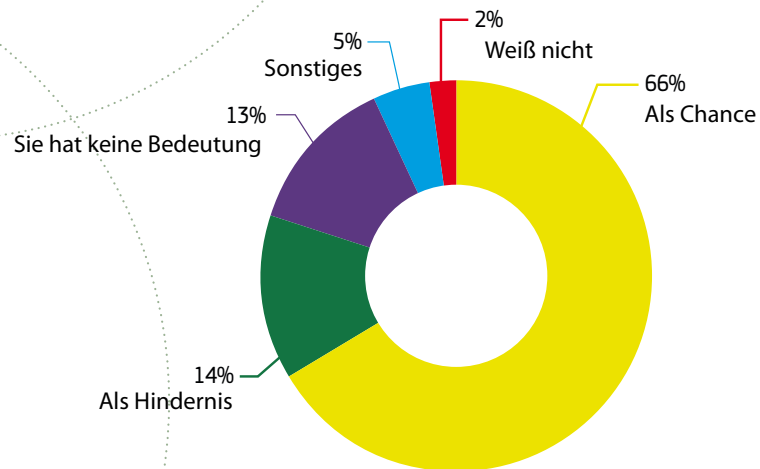
„Größere Unterstützung beim Sprachenlernen; mehr Schulprojekte und Exkursionen im anderen Land.“

„Grenzübergreifende Fernsehsender (wie beispielsweise ARTE DE-FR).“

KAPITEL 5

Meinungen zu grenzüberschreitender Zusammenarbeit

Abbildung 6: Wie sehen
Sie die Grenze in Ihrer
Region?



In Zusammenhang mit den verschiedenen Fragen zu Grenzhindernissen wurden die Teilnehmer auch gebeten, ihre Meinung über die Grenze in ihrer Region mitzuteilen und die Entwicklung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit in den letzten zehn Jahren zu beurteilen.

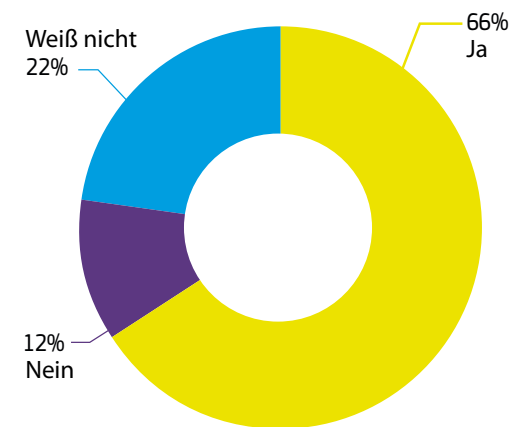
Wie in Abbildung 6 gezeigt wird, betrachten zwei von drei Befragten die Grenze als Chance, während das letzte Drittel geteilter Meinung ist und sie hauptsächlich als Hindernis (14%) oder als bedeutungslos (13%) sieht.

Bezüglich der Frage zur Entwicklung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit in der Region in den letzten zehn Jahren zeigt Abbildung 7, dass zwei Drittel der Befragten das Gefühl haben, dass diese sich verbessert hat, während ein Fünftel keine Verbesserung erkennt. Fast ein Viertel der Befragten gaben „Weiß nicht“ an.

Danach wurden die Teilnehmer gebeten, ihre Wahl zu begründen. Die am häufigsten genannten Verbesserungen waren:

- ⊕ Ein größeres Bewusstsein für die Vorteile und die Notwendigkeit der Kooperation sowie ein größeres Interesse daran. Dazu gehören beispielsweise ein besserer Zugang zu grenzübergreifenden Daten, engere Verbindungen zwischen den Grenzgemeinden sowie eine bessere politische Unterstützung der Zusammenarbeit.
- ⊕ Die Steigerung der allgemeinen Kompetenzen bezüglich grenzübergreifender Kooperationen, v. a. bei Koordination, operativen Fragen/Management und in einigen Fällen bei der Integration von grenzübergreifenden politischen Zielen in die „normalen“/inneren Angelegenheiten. Eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Behörden (Übereinkommen und Austausch von Ideen und Erfahrungen, u. a. durch Studienaufenthalte, Datenaustausch, grenzübergreifende Schulungen und gemeinsame Projekte).
- ⊕ Häufigere grenzübergreifende Veranstaltungen und Kommunikation zu grenzübergreifender Kooperation, sowie größere Sichtbarkeit von Projekten und Programmen. Wissenszuwachs bezüglich der Chancen, die grenzübergreifende Projekte bieten, sowie eine beträchtliche Weiterentwicklung solcher Projekte in den verschiedensten Bereichen. Partner haben einen reichen Erfahrungsschatz in grenzübergreifender Zusammenarbeit erworben und den Anwendungsbereich ihrer Aktivitäten erweitert.
- ⊕ Zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten und größeres Bewusstsein für Fördermöglichkeiten von grenzübergreifenden Initiativen, einschließlich EU-Fördermitteln, von denen besonders Interreg oft als Urheber und Motor für die Zusammenarbeit in Grenzregionen genannt wird

Abbildung 7: Hat sich die grenzübergreifende Zusammenarbeit in Ihrer Region in den letzten zehn Jahren verbessert?



Allgemein wird Interreg häufig als positive Kraft bei der grenzübergreifenden Kooperation in ganz Europa genannt. Darüber hinaus wird auch der Länderkontext in verschiedenen Fällen als entscheidender Faktor für die Bedingungen der grenzübergreifenden Zusammenarbeit angesehen. So wird der Beitritt zum Schengen-Raum und/oder der Beitritt zur EU von einigen als wichtiger Meilenstein beschrieben, der die Voraussetzungen für eine grenzübergreifende Kooperation entscheidend verbessert hat.

Andererseits sind die folgenden Bereiche weiterhin verbesserungsbedürftig:

- ⊕ Das Interesse an einer grenzübergreifenden Zusammenarbeit wird in einigen Fällen als ziemlich unausgeglichen zwischen den Partnern beschrieben. Einige der Anmerkungen beziehen sich auf die Nachhaltigkeit der grenzübergreifenden Kooperation, bei der zwar Verbindungen hergestellt werden, die langfristig jedoch, beispielsweise durch starre oder ineffiziente und inadäquate Kooperationsstrukturen, nicht aufrecht erhalten werden.
- ⊕ Kritik wird auch bezüglich der Finanzierung laut, denn die Antragsverfahren sind manchmal kompliziert und die

Förderung von Kooperationsprojekten ist auf EU-Programme beschränkt.

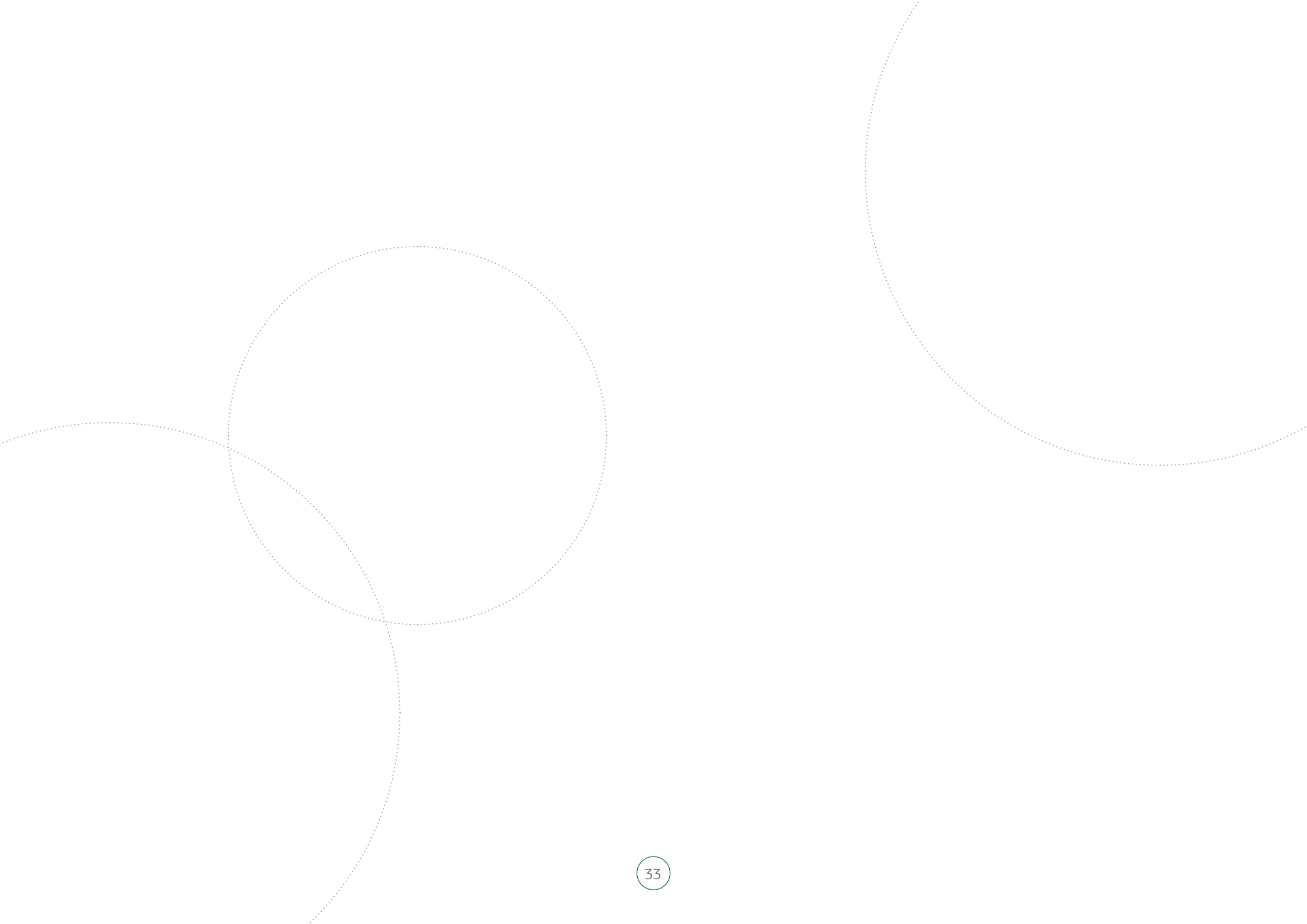
Von der Wirtschaftskrise wird allgemein gesagt, dass sie sich negativ auf die grenzübergreifende Zusammenarbeit ausgewirkt hat. Einigen Kommentaren zufolge hat sie zu „nach innen gerichteten“ Haltungen geführt. Es werden auch Bedenken bezüglich eines „Stillstandes“ oder sogar eines Rückgangs des Interesses an grenzübergreifender Zusammenarbeit geäußert. Außerdem erwähnen einige Kommentare die Notwendigkeit stärkerer Kooperationsbemühungen im Unternehmenssektor, um den Binnenmarkt zu vervollständigen.

„Bessere Analyse von gemeinsamen grenzübergreifenden Problemen, Fragen und Bedürfnissen. Bessere Koordinierung von nationalen und regionalen politischen Zielen in der EU (Steuerung auf verschiedenen Ebenen). Bessere Integration von grenzübergreifenden regionalen Politikzielen.“

„Ohne Zweifel hat die Erweiterung und Diversifikation von Interreg in den 25 Jahren des Bestehens in großem Maße zur Verbesserung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit an der Mehrheit der europäischen Grenzen beigetragen, obwohl es an allen Grenzen noch viel zu tun gibt.“

„Die Kommune hat die internationalen Kontakte, die sie zuvor geschaffen hatte, nicht aufrechterhalten und gepflegt.“

„Die Zusammenarbeit beschränkt sich auf die Umsetzung von EU-Programmen, die einen thematischen Schwerpunkt voraussetzen. Umfassende Investitionen in die Infrastruktur sind schwierig zu erreichen, denn diesbezügliche Entscheidungen würden eine Finanzierung durch die EU erfordern. Die politischen Prioritäten scheinen jedoch eher auf städtischen und dicht bevölkerten Gebieten zu liegen.“



KAPITEL 6

Schlussfolgerungen

Diese Zusammenfassung der Ergebnisse der von der GD Regio durchgeführten öffentlichen Konsultation zeigt, dass – **trotz der Unterstützung der Entwicklung von grenzübergreifender Zusammenarbeit in der EU durch Interreg – viele Hindernisse in Grenzregionen über den direkten Einflussbereich dieses Programms hinausgehen**, was eine Vielzahl verschiedener Herausforderungen bedingt. Diese sind manchmal mehrdimensional, was beispielsweise bedeutet, dass sich Definition und Ursprung eines Hindernisses unterscheiden – so werden z. B. in einigen Fällen unzureichende grenzübergreifende Transportsysteme (die in die Kategorie des schwierigen physischen

Zugangs fallen) mit dem Mangel an Harmonisierung von technischen Standards erklärt (die wiederum zu den rechtlichen und administrativen Hindernissen gehören). Dennoch werden einige Hindernisse immer wieder genannt – und es ist offensichtlich, dass die rechtlichen und administrativen Hindernisse am häufigsten angeführt werden, unabhängig von Kontext oder Teilnehmerprofil.

Es wurden jedoch viele Lösungsvorschläge zur Beseitigung dieser Hindernisse von den Befragten gemacht, was darauf hinweist, dass es langfristig bessere Chancen zur Überwindung oder wenigstens der Verringerung dieser Hemmnisse gibt. Deshalb wird man sich bei Überprüfung der Strategie für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit nun der genaueren Analyse der großen Gruppe der rechtlichen und administrativen Hindernisse widmen. Standpunkte, Ideen und Vorschläge, die als Antwort auf diese öffentliche Konsultation eingereicht wurden, werden ebenso berücksichtigt wie die anderen Materialien, die während des Verfahrens gesammelt wurden. Das Endergebnis werden konkrete Empfehlungen sein, wie die noch bestehenden Hindernisse überwunden werden können. Diese werden in Form eines Themenpapiers vorge-

stellt, das 2017 veröffentlicht werden soll.

Diese öffentliche Konsultation zeigt außerdem, dass Sprachbarrieren und der schwierige physische Zugang auch häufige Hindernisse sind. Die sehr große Bedeutung der Hindernisse für den physischen Zugang in dieser Befragung bestätigt, dass die Arbeit an der grenzübergreifenden Mobilität in Grenzregionen ein Muss ist und dass Pläne, politische Maßnahmen und Prioritäten besser an die spezifischen Bedürfnisse dieser Regionen angepasst werden müssen. Dasselbe gilt für Sprachbarrieren, die ein wiederkehrendes und bereichsübergreifendes Thema sind. Die Antworten deuten an, dass viele der Hindernisse in Grenzregionen oft von einem mangelnden Verstehen der Sprache des Nachbarlandes herrühren, was den Zugang zu Informationen behindert, sowie von einer unzureichenden allgemeinen soziokulturellen Kenntnis der Nachbargesellschaft. Dies erinnert uns daran, dass Wechselbeziehungen nicht in einem linguistischen Vakuum stattfinden, sondern auf persönlichem Austausch beruhen, der durch Sprachen ähnlicher Art oder das Sprachenlernen erleichtert werden könnte. **Diese beiden übergeordneten Themen könnten als grundsätzliche Voraussetzungen für die Weiterentwicklung von**

Grenzregionen angesehen werden. Die Tatsache, dass in den Beiträgen zu dieser öffentlichen Konsultation umfassend darauf eingegangen wird, deutet darauf hin, dass sie nicht übergangen werden sollten und dass eine Zusammenarbeit in diesen Bereichen sowohl sichergestellt als auch gefördert werden sollte.

Andererseits beruhigt es zu sehen, dass mangelndes Vertrauen nur relativ selten als Hindernis in Grenzregionen betrachtet wird: Deutet es doch darauf hin, dass in diesen Regionen eine gute Grundlage für weitere Bemühungen um einen Zusammenarbeit existiert. **Die Tatsache, dass Vertrauen sowie soziokulturelle Unterschiede und Sprachbarrieren für diejenigen, die die Grenze häufiger überqueren, sogar noch weniger problematisch sind, ist besonders ermutigend.**

Dies lässt vermuten, dass ein größerer Austausch mit der Nachbarseite der Grenze Hand in Hand mit einem besseren Verständnis geht. Und auch wenn es schwierig ist zu sagen, was zuerst kommt, **ist ein größtmöglicher Austausch in jedem Fall empfehlenswert.** Dies wird auch von einem Lösungsvorschlag bestätigt, der oftmals in Zusammenhang mit einem Mangel an Vertrauen und soziokulturellen Unterschieden gemacht wird: die Teil-

nahme an Projekten, die den sprachlichen und kulturellen Austausch fördern.

Die Konsultation zeigt außerdem, dass eine relativ große Gruppe der Teilnehmer das (mangelnde) Interesse der Behörden an einer Zusammenarbeit als Grenzhindernis ansieht. **Obwohl dies vielleicht nur ein Eindruck als vielmehr die Realität ist, so sollte dies dennoch ein Weckruf in Bezug auf die Kommunikationsbemühungen der mit der grenzübergreifenden Zusammenarbeit betrauten Behörden sein.** Es besteht außerdem Bedarf an einem intensiveren Dialog zwischen den verschiedenen Ebenen der öffentlichen Verwaltung, denn viele Beiträge wiesen auf die unterschiedlichen Prioritäten der Grenzgemeinschaft und der höheren Ebenen der öffentlichen Verwaltung hin.

Die Antworten dieser Konsultation werden für diejenigen, die im Bereich der grenzübergreifenden Zusammenarbeit tätig sind, vielleicht nicht überraschend sein – die meisten der genannten Hindernisse sind bereits bekannt und täglich sind zahlreiche Beteiligte auf vielfache Weise um deren Beseitigung bemüht. Werden die Ergebnisse jedoch sinnvoll verwendet, so können sie einen konstruktiven Ausgangspunkt für einen Neustart der

Diskussionen über das zukünftige Vorgehen darstellen.

Wir können sie auch als Ansporn für die weitere Arbeit ansehen. Die zahlreichen Hindernisse, die zusammen mit einem Lösungsvorschlag genannt wurden, zeigen, dass der Wunsch besteht, die grenzübergreifende Zusammenarbeit in Europa zu verbessern und zu intensivieren. Zum Abschluss dieses zusammenfassenden Berichts möchte sich die DG Regio daher bei allen Teilnehmern für ihren wertvollen Beitrag zu dieser Konsultation bedanken.

MEHR ZU DIESEM THEMA

Nützliche Links:

Überprüfung der Strategie für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit (Cross Border Review):

http://ec.europa.eu/regional_policy/de/policy/cooperation/european-territorial/cross-border/review/#1

Interreg:

http://ec.europa.eu/regional_policy/en/policy/cooperation/european-territorial/

FUSSNOTEN

- (1) Für weitere Informationen zur Roadshow der leitenden Beamtinnen und Beamten besuchen Sie bitte: http://ec.europa.eu/regional_policy/de/policy/cooperation/european-territorial/cross-border/review/#1
- (2) REGIO-CONSULTATION-BORDER-OBSTACLES@ec.europa.eu
- (3) Von den 38 Teilnehmern, die „Anderes“ als Wohnsitzland angaben oder keine Antwort machten: - gehörten sechs europaweiten Organisationen an

und mussten deshalb keine Angabe machen;

- nannten 24 den Namen eines EU-Landes oder einer Region bzw. Stadt in der EU im Feld für offene Antworten: 4 DE, 4 FR, 4 RO, 2 NL, 2 PL, 2 UK, 1 GR, 1 LV, 1 FI, 1 HU, 1 LT, 1 PT

- kommen fünf von außerhalb der EU: zwei aus der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, einer aus den Vereinigten Staaten, einer aus Bosnien und Herzegowina und einer aus Georgien

- nannten drei den Namen einer grenzübergreifenden Region/eines grenzübergreifenden Programms: 1 ES/PT, 1 IE/UK, 1 FR/CH.

(4) Vergleichbar mit den Ergebnissen des Flash Eurobarometer Nr.: 422, laut denen 47 % der befragten Bewohner von Grenzregionen noch nie auf die andere Seite der Grenze gereist sind. Weitere Informationen finden Sie unter: http://ec.europa.eu/regional_policy/de/policy/cooperation/european-territorial/cross-border/#5

(5) Im Vergleich zeigte der Flash Eurobarometer Nr.: 422, dass 31 % der Personen, die in EU-Grenzregionen leben, sich der EU-geförderten grenzübergreifenden Kooperationsmaßnahmen bewusst sind. Dies könnte dadurch erklärt werden, dass die Teilnahme an der öffentlichen Konsultation freiwillig war, während die Eurobarometer-Umfrage unter einer zufällig ausgewählten Stichprobe von Bewohnern in Grenzregionen durchgeführt wurde. In dieser öffentlichen Konsultation gaben 19 % an, noch nie von Europäischer Territorialer Zusammenarbeit oder Interreg gehört zu haben.

(6) Diese Frage war nur für Einzelpersonen (Bürger und Selbständige) und Unternehmen relevant.

(7) Der Flash Eurobarometer Nr.: 422 deutet ebenfalls auf ein hohes Maß an rechtlichen und administrativen Hindernissen, die von Bewohnern von Grenzregionen mit hoher grenzübergreifender Mobilität genannt wurden.

(8) Diese Frage war nur für Einzelpersonen und Unternehmen relevant. Die Gründe für den Grenzübertritt schlossen sich nicht gegenseitig aus; die Befragten konnten mehr als eine Antwort wählen.

(9) Alle Zitate in dieser Broschüre wurden für diesen Zweck übersetzt, unabhängig von der Ursprungssprache der Antwort.

WO ERHALTE ICH EU-VERÖFFENTLICHUNGEN?

Kostenlose Veröffentlichungen:

- Einzelexemplar:
über EU Bookshop (<https://bookshop.europa.eu>);
- mehrere Exemplare/Poster/Karten:
bei den Vertretungen der Europäischen Union (http://ec.europa.eu/represent_de.htm);
bei den Delegationen in Ländern außerhalb der Europäischen Union (http://eeas.europa.eu/delegations/index_de.htm);
über den Dienst Europe Direct (http://europa.eu/europedirect/index_de.htm) oder unter der gebührenfreien Rufnummer 00 800 6 7 8 9 10 11 (*).

(* Sie erhalten die bereitgestellten Informationen kostenlos, und in den meisten Fällen entstehen auch keine Gesprächsgebühren (außer bei bestimmten Telefonanbietern sowie für Gespräche aus Telefonzellen oder Hotels).

Kostenpflichtige Veröffentlichungen:

- über EU Bookshop (<https://bookshop.europa.eu>).



Amt für Veröffentlichungen

ISBN 978-92-79-57351-4
doi:10.2776/40651